

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



2 / 2007

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: Chefsekretariat@apb-tutzing.de

Aus der Traum vom Aufbau Ost?

Der stockende Aufschwung in den neuen Bundesländern

Nach 17 Jahren deutscher Einheit sind die Enttäuschungen über die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung groß. Beklagt werden die enormen Transferleistungen und die Stagnation des wirtschaftlichen Anpassungsprozesses. Zwar ist eine enorme infrastrukturelle Aufbauleistung zu beobachten, gleichzeitig hält die Abwanderung aus

ostdeutschen Regionen unvermindert an. Zwar sind Inseln hoher und höchster Produktivität („industrielle Leuchttürme“) entstanden, doch in der Breite verläuft die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung eher schleppend. Wo liegen die Ursachen für die Enttäuschungen und welche Lösungskonzepte bieten sich an? **Seite 6**



Prominente Experten beim Diskurs über einen drohenden Mezzogiorno in Ostdeutschland: vorne von links Richard Schröder, Kurt Biedenkopf, Klaus von Dohnanyi, hinten von links Akademiedirektor Heinrich Oberreuter, Joachim Ragnitz vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle und Tagungsleiter Wolfgang Quaisser.

Fotos: S. Weber

Weitere Themen im Heft:

- Sicherheit – ein deutsches Grundbedürfnis? Seite 9
- Herausforderung Rechtsextremismus Seite 12
- Sprechblasenkommunikation in der Mediokratie Seite 18

Integration durch Bildung

Im Rahmen des Programmschwerpunktes unseres Jubiläumsjahres „Was die Gesellschaft zusammenhält“ stellte sich eine Tagung der gesellschaftspolitischen



Die frühere Ausländerbeauftragte von Berlin, Barbara John, hält Migration nicht für ein Bildungshindernis.

Herausforderung „Integration durch Bildung“. Der Bericht „Bildung in Deutschland“ vom Sommer 2006 bestätigte einmal mehr die Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem.

Für die Zukunft unseres Bildungssystems ist besonders interessant, dass ein Drittel der Kinder unter sechs Jahren einen Migrationshintergrund hat. Der Bericht stellte fest, dass Migrantengeschwister auf der Schullaufbahn weniger erfolgreich sind als Nicht-Migranten. Die Tagung benannte Probleme und Herausforderungen, präsentierte aber auch erfolgreiche Modelle.

Seite 3

Inhaltsverzeichnis

	Seite
<i>Migration – Integration – Bildung:</i> „Das System ist nicht mehr zu halten“	3
Droht ein Mezzogiorno im Osten?	6
Sicherheit – ein deutsches Grundbedürfnis?	9
<i>Forum Politische Bildung:</i> Rechtsextremismus bleibt eine Herausforderung	12
Was tun?	15
Sprechblasenkommunikation in der Mediokratie	18
Wettbewerbsfähigkeit und alternde Gesellschaft	20
Überalterung als Herausforderung für soziale Sicherheit	22
Arbeitslos + kinderreich = arm	24
Die DDR – eine „kommode Diktatur“?	27
„Keine relevante Gruppe kämpft um die Rückkehr der DDR“	30
<i>Europatag der Schulen:</i> „Europa ist eine Erfolgsgeschichte“	31
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	32
Pressespiegel	33
Themen – Tagungen – Termine	36
Namen und Nachrichten / Anmeldeformular	40

Direktor der Akademie:
Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich **Oberreuter**

Vorsitzender des Kuratoriums:
Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans **Maier**

Vorsitzender des Beirats:
K. Heinz **Eisfeld**

Kollegium:
Dr. Saskia **Hieber**, M.A.
Internationale Politik

Stefan **Köppl**, M.A.
Pers. Referent des Direktors
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Wolfgang **Quaisser**, Dozent
Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael **Schröder**, Dozent
Medien, Kommunikationspolitik,
Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred **Schwarzmeier**
Parlamentarismus- und Parteienforschung

Dr. Jürgen **Weber**, Dozent
Politikwissenschaft, Zeitgeschichte

Karl-Heinz **Willenborg**, Dipl. Soz.
Gesellschaft und Umwelt,
Sozialpolitik und -arbeit

Miriam **Wolf**, M.A.
Politische Ethik, Grundwerte

Organisationsreferat:
Dr. Manfred **Schwarzmeier**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:
Karin **Siebert**, M.A.

Akademie-Report

Herausgeber:
Akademie für Politische Bildung
Buchensee 1 82327 Tutzing
Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14
Internet: <http://www.apb-tutzing.de>
E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de

Redaktion:
Prof. Dr. Dr. hc. Heinrich Oberreuter
(verantw.)

Dr. Michael Schröder
(Redaktion und Gestaltung)

Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus

Druck:
Dinauer Medienbetrieb GmbH
Lindberghstraße 4 82178 Puchheim
Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben

ISSN 1864-5488

Migration – Integration – Bildung:

„Das System ist nicht mehr zu halten“

Schulen benachteiligen Migranten

Der Bericht „Bildung in Deutschland“ vom Sommer 2006 bestätigte einmal mehr die Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem. Der erste nationale Bildungsbericht lieferte mit einer neuen Zählweise zum ersten Mal Daten über das tatsächliche Ausmaß der Migration: sie ist größer als bisher angenommen: 15,3 Millionen Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund, das sind 18,6 Prozent. Für die Zukunft unseres Bildungssystems ist besonders interessant, dass ein Drittel der Kinder unter sechs Jahren einen Migrationshintergrund hat. Der Bericht stellte wieder einmal fest, dass Migrantenzugendliche auf der Schullaufbahn weniger erfolgreich sind als Nicht-Migranten: Fast ein Drittel der Türken haben keinen Schulabschluss und über zwei Drittel von ihnen sind ohne beruflichen Abschluss. Im Rahmen des Programmschwerpunktes unseres Jubiläumsjahres „Was die Gesellschaft zusammenhält“ stellte sich eine Tagung der gesellschaftspolitischen Herausforderung „Integration durch Bildung“.

Die frühere Ausländerbeauftragte von Berlin, Barbara John, hält Migration nicht für ein Bildungshindernis. Sie empfiehlt genaues Hinschauen und gezieltes Fördern: „Es gibt große Unterschiede: Asiaten, russische Aussiedler und EU-Migranten sind im Durchschnitt besser als Türken und Araber. Der Bildungswille ist unterschiedlich stark ausgeprägt.“ John forderte mehr und bessere empirische Bildungsforschung auf diesem Gebiet. Sie sieht eine jahrzehntelange falsche Einwanderungspolitik als eine der Ursachen der gegenwärtigen Misere: „Wir hatten Einwanderung ohne Einwanderungspolitik. So was kommt von so was“, sagte die frühere Lehrerin und Politikwissenschaftlerin. Sie erkennt Stillstand auf wichtigen strategischen Handlungsfeldern und beklagt sich über mangelnde Reformen: „Wir haben Parallelstrukturen für Migranten aufgebaut, statt einen Systemwandel einzuleiten.“ Man habe nicht zur Kenntnis genommen, dass wir es mit einer neuen Bevölkerungsstruktur zu tun hätten.

Die Reaktion in den Einwandererfamilien sei häufig Abschottung gewesen. „Die Forderung, in den Familien solle Deutsch gesprochen werden, ist kein Königsweg.“ Es werde generell zu we-



Barbara John: Migration ist kein Bildungshindernis.



Helmuth Hochschild war Rektor an der Berliner Rütti-Schule. Fotos: S. Weber

nig gesprochen und eine milieugebundene generelle Sprachreduzierung sei die Folge: „Das muss die Gesellschaft mit dem Schulsystem auffangen“, forderte John. „Überhaupt sprechen ist wichtiger als Deutsch sprechen“, sagte sie. Zweisprachigkeit müsse sich als selbstverständliche Kultur für alle Bürger entwickeln. Für John ist die Ganz-

tagsschule mit breiteren und individuellen Fördermöglichkeiten eine zentrale politische Forderung, um die brennenden Probleme in den Griff zu kriegen.

Praktische Erfahrungen von der Schulfront vermittelte Helmuth Hochschild. Er übernahm die Schulleitung der Berliner Rütti-Schule nach den öffentlichen Warnrufen von Teilen des Kollegiums: „Davor war die Schule ein Jahr lang ohne intakte Leitung.“ Seine Bestandsaufnahme ist nüchtern: „An den Hauptschulen haben wir es mit einer Jugend ohne Perspektive zu tun.“ Die hohe Zahl von Abbrechern kennzeichnete das nicht erfolgreiche System. Nur wenige Schüler kämen in eine Berufsausbildung. „Inzwischen haben wir die dritte Generation von Sozialhilfeempfängern an der Schule.“ An seiner Schule hatte er einen Migrantanteil von 85 Prozent, darunter 40 Prozent zum Teil vom Krieg traumatisierte Palästinenser. Scharf kritisierte der jetzige Schulrat Hochschild das geltende Ausländerrecht. „Der Duldungsstatus verbaut Schülern die Perspektiven, weil keine Chancen zur Berufsausbildung eröffnet werden.“

Selbstwertgefühl stärken

Doch Hochschild ließ sich nicht entmutigen: in einer gemeinsamen Anstrengung mit Lehrern, Schülern und Eltern gelang es in überraschend kurzer Zeit, die Kommunikation und das Schulklima zu verbessern. „Die schweigende Mehrheit wurde gestärkt und negativ Auffällige brachten wir gemeinsam zur Ordnung.“ Unzufriedene Lehrer konnten gehen. Es gelang ihm, zwei junge Lehrerinnen mit türkischer beziehungsweise arabischer Muttersprache

einzustellen. Schulsozialarbeit wurde eingeführt und es gibt zwei Lehrer pro Klasse. Das Kollegium bildete sich fort auf dem Gebiet „interkultureller Transfer“. Schülerfirmen wie ein Fotoatelier wurden gegründet und boten Entfaltung für vorhandene Stärken und Kompetenzen der Schüler. „Das stärkt das Selbstwertgefühl ungemein“, sagte Hochschild.

„Vieles muss sich ändern, damit alles bleiben kann, wie es ist.“

Aus: „Der Leopard“
von Giuseppe Tomasi di Lampedusa
(1896 – 1957)

Die Schule öffnete sich und die erfolgreichen Projekte wurden öffentlich präsentiert. Kontakte mit anderen Bildungseinrichtungen im Kiez wurden geknüpft und Netzwerke entstanden. Die Box-AG wird inzwischen von einem Profiboxer des Polizeisportvereins betreut.

Erfolgsgeschichte

Unzufriedenheit mit dem bestehenden Schulsystem kennzeichnet auch die Erfahrungen von Dieter Hüttner. Sein Plädoyer für eine sechsjährige gemeinsame Schulzeit aller Schüler ist eindeutig. Er ist Schulleiter des seit 34 Jahren laufenden Schulversuchs „Orientierungsstufe“ in München-Neuperlach. Die Kinder werden nicht – wie sonst in Bayern üblich – nach dem 4. Schuljahr getrennt und auf Gymnasium, Realschule und Hauptschule verteilt, sondern bleiben zwei weitere Jahre zusammen. Nach einem Vierteljahr beginnt die Differenzierung auf drei Niveaus in den Fächern Matematik und Englisch. Im Fach Deutsch wird in zwei von sechs Wochenstunden flexibel in zwei Gruppen unterrichtet (Teilungsstunden).



Dieter Hüttner leitet die erfolgreiche Orientierungsstufe in München-Neuperlach.

Trotz der großen Klassenstärke von 31 Schülern können Hüttner und sein Kollegium Erfolge aufweisen. Die Übertrittsquoten auf Realschule und Gymnasium sind nach der 6. Klasse deutlich höher als nach der 4. Klasse. Er muss weniger Schüler auf die Hauptschule schicken als nach deren Leistungsstand am Ende der 4. Klasse. „Wenn in einem Münchner Gym-

nasium im Zwischenzeugnis der 5. Klasse bei 24 von 27 Schülern steht, dass die Versetzung gefährdet ist, ist etwas faul im System. Es ist so nicht mehr zu halten!“ Für Hüttner müssen gewaltige Veränderungen passieren: „Mit dem Kaschieren

der Probleme ist es nicht mehr getan. Die Frage lautet, ob wir ein System für die Kinder wollen oder die Kinder an das System anpassen“.

Rita Nikolai vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg kommt zu dem ernüchternden Fazit: „Die Bildungsexpansion stagniert.“

Mit der Bildungsexpansion der 1970er und 1980er Jahre wurde erreicht, dass sich die Abgänger aus allgemein bildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss bis Mitte der 1980er auf das Niveau von rund acht Prozent reduzierten. Dieser Anteil besteht nach wie vor. Während konfessionelle, regionale und geschlechtsspezifische Ungleichheiten abbaut wurden, blieben schichtenspezifische Ungleichheiten: Für Kinder aus sozial schwachen Familien ist der Zugang zum Abitur besonders schwierig. Bei gleicher Leistung hat die Tochter eines Beamten eine drei Mal so hohe Chance, auf das Gymnasium zu wechseln wie die Tochter eines Arbeiters.

Die Bundesagentur für Arbeit gibt jährlich zwei Milliarden Euro aus, um Hauptschüler fit für die Berufsschule zu machen. Das Geld müsste eigentlich in die Kindergärten gesteckt werden, sagte Nikolai. Keine guten Noten gab sie dem deutschen Schulsystem:



Rita Nikolai fordert mehr Investitionen in die Bildung.

die frühe Selektion mit zehn Jahren sei international einzigartig und es habe eine hohe Undurchlässigkeit. Sie forderte mehr Ganztagsschulen, eine individuellere Förderung und eine Erhöhung der Investitionen in Bildung.

Mit beruflicher Bildung beschäftigte sich auch Iris Bednarz-Braun vom Deutschen Jugendinstitut in München. In einer qualitativen Studie hat sie vier große Ausbildungsbetriebe untersucht. Dort liegt der durchschnittliche Anteil an Azubis mit Migrationshintergrund bei 41 Prozent. 85 Prozent aller Ausgebildeten aus interkulturell zusammengesetzten Azubi-Gruppen verstehen sich sehr gut beziehungsweise gut in interkultureller Hinsicht. Die Grün-

Chancengerechtigkeit

Deutschunterricht in der Grundschule. Die Lehrerin ruft Florian auf: „Buchstabiere bitte das Wort Tisch!“ Der Schüler buchstabiert richtig. Dann ruft sie Katharina auf: „Buchstabiere bitte das Wort Fisch!“ Die Lehrerin macht alles richtig. Danach geht die Lehrerin auf Mustaffah zu und sagt: „Und Du buchstabierst jetzt Chancengerechtigkeit!“

de sieht die Soziologin darin, dass viele Azubis seit ihrer Kindheit im Kindergarten und der Schule interkulturell aufgewachsen sind. Sie verfügen wegen dieser Erfahrungen über eine hohe interkulturelle Kompetenz. Diese bringen sie als soziale Schlüsselqualifikation in den Betrieb mit. Die überwiegende Mehrheit der Azubis bevorzugt eine Ausbildung in interethnischer Zusammensetzung. Dies trifft vor allem für Azubis zu, die selbst einen Migrationshintergrund haben.

Eine Ausbildung ausschließlich mit eigenen Landsleuten wird von ihnen überwiegend nicht gewünscht. Abschottungen werden abgelehnt. Interkulturalität wird von den Jugendlichen nicht nur als etwas Selbstverständliches und Wünschenswertes wahrgenommen, sondern Interkulturalität in der Ausbildung trägt auch zur Zufriedenheit mit der Ausbildung bei, die



Iris Bednarz-Braun hat die Integration in der beruflichen Bildung untersucht.

Herkunftssprache in Anwesenheit von Mit-Azubis, die diese Sprache nicht verstehen. Hierdurch fühlen sich vor allem deutsche Azubis gestört, weil sie nicht wissen, ob über sie schlecht gesprochen oder gelästert wird. Aber auch ein Drittel der Migrant-Azubis hat damit ein Problem.

Modelle

Abgerundet wurde die Tagung mit modellhaften Beispielen aus der Schulpraxis: Susanne Korbmacher, Sonder-



Nurgül Altuntas: mit Zeitzeugen die eigene Geschichte lebendig werden lassen.



Claudia Piatzer vom Bildungspakt Bayern: mit Stipendien begabte Migrantenschüler fördern.

Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet wurde. Sie versucht, neue Angebote für Schule und Freizeit zu entwickeln, um aktiv etwas gegen den drohenden beziehungsweise bereits existierenden emotionalen und sozialen Absturz zu tun.

Nurgül Altuntas, türkisch-stämmige Lehrerin aus Wiesbaden, schilderte ihr Zeitzeugen-Projekt zur jüngsten deutschen Einwanderungsgeschichte, das sie gemeinsam mit den Großeltern ihrer Migrantenkinder organisierte.

Claudia Piatzer vom Bildungspakt Bayern stellte das Konzept der Begabtenförderung von Migrantenschülern „Talente im Land“ vor. Die Stiftung will mit diesem Programm das andere Gesicht der Zuwanderung zeigen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund Mut machen. Das Motto lautet: „Bildung fördert Integration. Wir fördern Bildung“.

Und Waltraud Lucic, Vorsitzende des Münchner Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, berichtete von den täglichen Schwierigkeiten, mit denen



Susanne Korbmacher vom Verein „Ghettokids“: Angebote gegen den Absturz.

ihrerseits eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Ausbildungsverlauf ist. „Vor diesem Hintergrund kann man denjenigen Betrieben, die bislang nur wenige Jugendliche mit Migrationshintergrund ausbilden, nur empfehlen, ihre Ausbildungsgänge verstärkt auch diesen Jugendlichen zugänglich zu machen“, sagte Bednarz-Braun. Es gibt aber auch Probleme: neben allgemeinen Disziplinschwierigkeiten ist es der Gebrauch der eigenen

schullehrerin am Münchner Hasenbergl, Gründerin und Vorsitzende des Vereins „Ghettokids“, berichtete von ihrer Arbeit, die inzwischen mit dem

Hauptschullehrer unter den gegebenen politischen und finanziellen Rahmenbedingungen zu kämpfen haben. ■

Michael Schröder

(siehe Pressestimmen Seite 34)

Linktipps:

Orientierungsstufe Neuperlach: www.ori.musin.de

Ghettokids: <http://www.ghettokids.org/>

Bildungspakt Bayern - Talente im Land:

<http://cgi.bildungspakt-bayern.de/cgi-bin/grossprojekt.php?projekt=talent>

Droht ein Mezzogiorno im Osten?

Debatten über enttäuschte Hoffnungen und den stockenden Aufschwung
in den neuen Bundesländern

Nach über anderthalb Jahrzehnten deutscher Einheit sind die Enttäuschungen über die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung groß. Beklagt werden die immensen Transferleistungen (etwa 4 Prozent des westdeutschen Brutto-inlandprodukts (BIP) und die Stagnation des wirtschaftlichen

Konvergenzprozesses. Zwar ist eine enorme infrastrukturelle Aufbauleistung zu beobachten, gleichzeitig hält indes die Abwanderung aus ostdeutschen Regionen unvermindert an. Obwohl Inseln hoher und höchster Produktivität („industrielle Leuchttürme“) entstanden sind, verläuft die ostdeutsche Wirtschaftsent-

wicklung in der Breite doch eher schleppend. Wo liegen die Ursachen für die Enttäuschungen und welche Lösungskonzepte bieten sich an? Dies waren die zentralen Fragen der Fachtagung der Akademie in Kooperation mit dem Institut für Wirtschaftsforschung in Halle (IWH).

„Blühende Landschaften“?

Wurden die „blühenden Landschaften“ in Ostdeutschland zu vollmundig versprochen? Konnte ein rascher Aufholprozess aufgrund der desolaten Ausgangslage gar nicht gelingen, oder liegt die Schuld eher bei der Politik? Die Beantwortung dieser Fragen dient nicht nur der historischen Wahrheit, sondern lässt Schlüsse über künftige Politikoptionen zu. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass viele Referenten immer wieder auf diese Fragen zurückkamen.



Ullrich Heilemann sieht handwerkliche Fehler im Einigungsprozess.
Fotos: S. Weber



Hans-Werner Sinn: „Zu hohe Löhne trieben Treuhandunternehmen in den Ruin“.

Ullrich Heilemann (Universität Leipzig) beklagte eine gravierende Unterschätzung der strukturellen Probleme der DDR-Wirtschaft und handwerkliche Fehler im Einigungsprozess, die jedoch vor dem Hintergrund seiner historischen Dimension und der Informationsdefizite zu relativieren seien. In seinem Kommentar stimmte Manfred Wegner (Gründungsdirektor des IWH) der These Heilemanns zu, dass 1990 die Währungsumstellung eins zu eins – obwohl ökonomisch unvertretbar – politisch zwingend war, um nach dem Mauerfall den Aufbau einer neuen Grenze zu verhindern.

Auf weitgehende Zustimmung im Publikum stieß die Kritik Heilemanns und Wegners bezüglich der raschen Angleichung der Ost- an die Westlöhne, denn diese hätte durchaus vermieden werden können. Erinnern wir uns: Innerhalb weniger Jahre stiegen die Ostlöhne auf rund 60 Prozent des Westniveaus (heute etwa 80 Prozent), obwohl die Unter-

Von verschiedener Seite wurde darauf hingewiesen, dass Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsam – und zwar im Westen, da es sie im Osten faktisch noch nicht gab – diese Lohnangleichung aushandelten, denn beide hatten kein Interesse an einer Niedriglohnkonkurrenz aus Ostdeutschland. Diese Anfangsfehler (ähnlich wie die Kreditfinanzierung der Einigungskosten) hätten nach Heilemann nachhaltige negative Folgen nach sich gezogen, die erst zirka vier Jahre später korrigiert wurden. Danach habe man die Lohnfindung in Ostdeutschland flexibler gestaltet und eine stärkere Steuerfinanzierung der Vereinigungskosten eingeführt.

Übernahme des westdeutschen Modells

nehmen noch nicht umstrukturiert waren und die Produktivität darnieder lag. Auf diesen Umstand verwies sehr pointiert der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn. Zwangsläufig sei damit ein Großteil der Treuhandunternehmen in den Ruin getrieben worden. Dieser wirtschaftspolitische Fehler sei nur erklärbar mit der Angst vor einer Massenflucht, dem starren Festhalten an der Tarifautonomie und den spezifischen Interessenskonstellationen in Gesamtdeutschland.

Der frühere Akademiedozent Peter Hampe wies zusätzlich darauf hin, dass auch die Ostdeutschen an einer möglichst raschen Angleichung des Einkommensniveaus interessiert waren, denn sie fühlten sich als die wahren Verlierer des Zweiten Weltkrieges und erwarteten dementsprechend Kompensation durch Westdeutschland. Dies sei nach Meinung Manfred Wegners durch die Übernahme der Sozialen Marktwirtschaft mit ihrer

komfortablen sozialen Absicherung ermöglicht worden, allerdings unter der Voraussetzung, dass die ostdeutsche Bevölkerung kein Vermögen erhielt. Auch das Prinzip der Treuhandprivatisierung „Rückgabe vor Entschädigung“ habe zu unnötigen Zeitverlusten geführt und die Eigeninitiative der Ostdeutschen gehemmt.

Viele Referenten und insbesondere Hans-Werner Sinn sahen den entscheidenden Fehler darin, dass es im Zuge der deutschen Einheit versäumt worden war, überfällige Reformen der Sozialen Marktwirtschaft in Angriff zu nehmen. Statt wirtschaftlicher Dynamik ließ sich nach dem ersten künstlichen Bauboom nur eine langsame wirtschaftliche Konvergenz beobachten, die gegenüber Westdeutschland seit Mitte der 1990er Jahre zeitweilig sogar zum Stillstand kam.

Föderalismusreform als Ausweg?

Auch in der von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter geleiteten „Elefantenrunde“ mit Kurt Biedenkopf, Klaus von Dohnanyi und Richard Schröder drehte es sich vor allem um die gesamtdeutsche Reformfähigkeit, die letztlich als Ausgangspunkt für die Lösung des ostdeutschen Problems angesehen wurde. Oberreuter meinte, die Frage: „Wie geht es weiter mit Ostdeutschland?“ sei letztlich nur gesamtdeutsch zu beantworten.

„Ruinen schaffen ohne Waffen“ – die ganze Dimension dieses Slogans der Bürgerrechtsbewegung über den Zustand der DDR sei den politisch Verantwortlichen erst langsam bewusst geworden, so Kurt Biedenkopf, der ehemalige sächsische Ministerpräsident. Vor dem Hintergrund des Zerfalls der DDR und ihrer Wirtschaft, Infrastruktur und Gesellschaft sei die enorme Aufbauleistung in den neuen Bundesländern zu würdigen, deren Entwicklung insbesondere auf regionaler Ebene sehr unterschiedlich verlaufe. Man könne deshalb immer

weniger von Ostdeutschland als einer Region sprechen. Er mahnte allerdings eine Föderalismusreform an, die letztlich zu zwei östlichen Bundesländern führen solle, um urbane Zentren und Wachstumspole besser zu nutzen.

Wachstumspole fördern

Klaus von Dohnanyi, früherer Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, vertrat hierzu eine deziert andere Position und warnte vor der Einebnung historisch gewachsener Regionen, die den Menschen als Identifikation dienten. Beide waren sich jedoch einig, dass im deutschen föderalen System den Ländern mehr Spielräume gegeben werden müssten, um den spezifischen Bedingungen (auch im Westen) Rechnung zu tragen und einen produktiven Wettbewerb um bessere Politik auszulösen.

Klaus von Dohnanyi, der vor einigen Jahren eine Kommission der Bundesregierung zum Aufbau Ost leitete, mahnte eine weitere Umorientierung der Fördermittel für den Osten an, weg von Infrastruktur-Investitionen hin zu



Kurt Biedenkopf wies auf die sehr unterschiedliche Entwicklung in ostdeutschen Regionen hin.



Klaus von Dohnanyi: Umorientierung der Fördermittel für den Osten.

einer unternehmensnahen Investitions-politik. Zudem müsse die flächendeckende Unterstützung zugunsten von Wachstumspolen aufgegeben werden.

Richard Schröder, Theologe und Professor an der Humboldt-Universität Berlin sowie wichtiger ostdeutscher SPD-Politiker in der Wendezeit, wies auch darauf hin, dass die Ostdeutschen die deutlichen Einkommensverbesse-

rungen und die beachtlichen Aufbauleistungen – entgegen der weit verbreiteten Meinung im Westen – durchaus schätzten: „Die Stimmung im Osten ist besser als ihr Ruf.“ Die deutsche Bevölkerung müsse sich jedoch – dies wurde auch in den anschließenden Diskussionen deutlich – auf stärkere regionale Unterschiede in den Lebensverhältnissen einstellen.

Achillesferse Arbeitsmarkt

Klaus Günter Deutsch von DB-Research bestätigte die beachtliche Wohlstandsverbesserung und die Angleichung der Lebensverhältnisse anhand von Fakten. Seiner Ansicht nach bleibe jedoch der Arbeitsmarkt mit einer Arbeitslosenquote von knapp 17 Prozent im Februar 2007 die Achillesferse der ostdeutschen Entwicklung. Institutionen und Infrastruktur seien hoch entwickelt und der Aufbau eines modernen Kapitalstocks gelungen. Zudem näherte sich die Wirtschaftsentwicklung im Osten immer mehr der westdeutschen an und sei damit bes-

ser als die Medien vielfach behaupteten. Auch verlief der Strukturwandel in Ostdeutschland in die richtige Richtung, doch es fehlten größere Unternehmen (insbesondere Konzernzentralen). Zudem sei die Eigenkapitalausstattung der kleinen und mittleren Unternehmen zu gering und die Wertschöpfungsketten, Exportorientierung und Innovationskraft der Wirtschaft noch unzureichend entwickelt. Deshalb sei eine Akzentverschiebung in der Wirtschaftspolitik der neuen Bundesländer erforderlich, die sich allmählich von der Förder- zur Standortpolitik entwickeln müsse.

Joachim Ragnitz vom IWH verwies auf vergleichbare Strukturänderungen der ost- und westdeutschen Wirtschaft, zeigte jedoch auch Unterschiede auf: der Bauwirtschaft komme in den neuen Bundesländern noch immer eine größere Bedeutung zu als in West-

deutschland, wenn auch das Verarbeitende Gewerbe inzwischen stark zunehme. Zudem sei im Osten der Anteil von Branchen mit geringerem Qualifikationsprofil stärker vertreten, doch seien die regionalen Unterschiede hinsichtlich Niveau und Entwicklung der Produktivität weniger stark ausgeprägt. Auch Agglomerationszentren würden diesbezüglich nicht besonders hervorstechen. Die Frage, ob man nach einem solchen Befund überhaupt die Förderung auf (regional abgegrenzte) Wachstumspole konzentrieren solle, ließ Ragnitz offen. Dagegen verteidigte Rainer Lingenthal vom Bundesverkehrsministerium diesen Ansatz, denn nur so sei die Ansiedlung technologisch hoch entwickelter Firmen zu erreichen.

Gewinner und Verlierer

Eine der größten Herausforderungen ist die Bewältigung des demografischen Wandels, denn dieser setzt in Ostdeutschland früher als im Westen ein, was langfristig negative Auswirkungen für das Wirtschaftswachstum mit sich bringt. Damit beschäftigte sich Nicola Hüskamp vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln. Sie betonte, dass es in den nächsten 15 Jahren zu einer Polarisierung der Bevölkerung in Deutschland komme, wobei zu den Gewinnern die westdeutschen Ballungszentren (außer dem Ruhrgebiet)



Nicola Hüskamp: Polarisierung der Bevölkerung in Deutschland.

und der Nordwesten Deutschlands, zu den Verlierern jedoch eher das östliche Westfalen, die Peripherie im Süden (Bayerischer Wald) und Ostdeutschland zählen werden. Hüskamp betonte, dass der demografische Wandel langsam verlaufe und die Politik durchaus in der Lage sei, negativen Entwicklungen in der Altersstruktur vor allem durch Qualifizierungsmaßnahmen entgegenzusteuern.

Marcel Thum von der TU Dresden untermauerte die These, dass die Demografie keine Entlastung für den Arbeitsmarkt in Ostdeutschland bringe. Im Gegenteil: seine Simulationsmodel-

le für den ostdeutschen Arbeitsmarkt zeigten einen starken Rückgang der Zahl der Arbeitskräfte im hoch qualifizierten Segment, was wiederum eine deutlichere Verringerung der Arbeitslosigkeit auch bei mittleren und gering Qualifizierten verhindere.

Die Journalisten Christian Geinitz (FAZ) und Bernhard Honnigfort (Frankfurter Rundschau) unterlegten die wissenschaftlichen Analysen mit anschaulichen Beispielen aus ihren Recherchen. Honnigfort berichtete über die drastischen Auswirkungen des sich schon jetzt vollziehenden demografischen Wandels durch Abwanderung und Überalterung auf die Infrastruktur. Neben verkommnen Wohnsiedlungen und verfallender Infrastruktur gäbe es aber auch auf lokaler Ebene Bürgerinitiativen, denen es gelungen sei, die negativen Entwicklungen aufzuhalten. Geinitz bestätigte anhand vieler Beispiele die These von der boomenden Schattenwirtschaft insbesondere in Ostdeutschland, die belege, dass genügend Arbeit vorhanden sei, doch zu hohe Lohnnebenkosten eine Arbeitsaufnahme im regulären Arbeitsmarkt verhinderten. Eine Wende am ostdeutschen Arbeitsmarkt sei allerdings nur begrenzt mit Niedriglohnmodellen zu erreichen. Entscheidend sei ein gesamtedeutscher Wirtschaftsaufschwung.

Dies deckte sich mit der Analyse von Hans-Werner Sinn, der ein selbst tragendes Wachstum in Ostdeutschland vermisste und die neuen Länder mit dem süditalienischen Mezzogiorno verglich: dies sei auch eine Wirtschaftsregion, die dauerhaft über ihre Verhältnisse lebe und auf Transferleistungen angewiesen bliebe. Der Verbrauchsüberhang in Ostdeutschland betrage 42 Prozent des BIP. Deshalb müsse im Osten auf Lohnangleichung verzichtet und eine aktivierende Sozialhilfe eingeführt werden, um die Arbeit und nicht die Arbeitslosigkeit zu subventionieren.

In seinem Kommentar verwies Hartmut Mangold, der im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung den Aufbau Ost koordiniert, darauf, dass ökonomische Rationalität und politische Durchsetzbarkeit oftmals nicht miteinander in Einklang zu bringen seien.



Symbol des steckengebliebenen Aufschwungs im Osten: Altstadthäuser in Güstrow Foto: ms

In einer abschließenden Runde diskutierten Wolfram Schrettl (TU Berlin) und Akademiedozent Wolfgang Quaisser über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der ostdeutschen und osteuropäischen Entwicklung. Dabei wurde deutlich, dass Ostdeutschland als einziges Beispiel einer „kompletten Schocktherapie“ gelten kann, es fehlte aber das wichtige Instrument der Währungsabwertung. Die Ostdeutschen übernahmen zwar ein komplettes System mit der dazu gehörenden sozialen Absicherung, doch verpassten sie dadurch die Chance, sich langsam, dafür aber stabil nach „oben“ zu entwickeln. Dies sei vielen der neuen EU-Beitrittsländer gelungen, die sich nunmehr zunehmend als attraktiver Investitionsstandort für deutsche Firmen empfehlen. ■

*Wolfgang Quaisser/
Joachim Ragnitz*

(siehe Pressestimmen Seite 33)

Sicherheit – ein deutsches Grundbedürfnis?

Krieg, Wirtschaftskrisen, Ausgrenzung bedrohen den Menschen. Er kann sein Leben verlieren, sein Hab und Gut, die Achtung anderer. Er trifft Vorkehrungen, damit all dies nicht eintritt. Auch das Handeln von Staaten lässt sich in diesen Kategorien beschreiben. Suche nach Sicherheit – eine anthropologische Konstante. Von einem „deutschen Grundbedürfnis“ spricht man, weil durch die historischen Erfahrungen des vergangenen Jahrhunderts –

zwei Weltkriege, moralische Verunsicherung, Hyperinflation, Weltwirtschaftskrise, Teilung und spätere Wiedervereinigung – das Streben nach Sicherheit in besonderer Weise das Denken der Deutschen prägte und noch immer prägt. Wie genau, das wurde bei der Tagung unter Leitung von Jürgen Weber und Karl-Heinz Willenborg beleuchtet, auf der Ebene der Individuen mit den Ergebnissen der demoskopischen Forschung, beim staatlichen Handeln mit Analysen zu wichti-

gen Politikbereichen, von denen in der gegenwärtigen Diskussion die Entwicklung des Sozialstaats eine herausragende Rolle spielt. Die kardinalen Herausforderungen des Sicherheitsstrebens heute lauten darüber hinaus Globalisierung und internationaler Terrorismus. Die Frage, wie die innere Spannung von Sicherheit und Freiheit angeht dieser Gefährdungen im Rechtsstaat ausbalanciert werden kann, wurde ebenfalls thematisiert.

Wolfgang Krieger (Universität Marburg) ging der Frage nach, ob das Sicherheitsbedürfnis der Deutschen in besonderem Maße ausgeprägt ist. Er erinnerte an das „Trauma der extremen Schutzlosigkeit“, das in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland herrschte. Das Vertrauen der Menschen in einen sicheren Staat ohne Diktatur sei in dieser Zeit zerstört gewesen. Dieses allgemeine Gefühl der Unsicherheit habe schließlich mit zu der umfangreichen Sozialgesetzgebung in der Adenauerzeit beigetragen. Der Referent rief den Tagungsteilnehmern weitere Katastrophen der Nachkriegszeit ins Gedächtnis, wie zum Beispiel die Hamburger Flutkatastrophe 1962, den Contergan-Skandal, die Bedrohung durch die Berlin-Blockade und schließlich die Rote Armee Fraktion. Diese Ereignisse verunsicherten die Deutschen tief und bestärkten sie in ihrem Sicherheitsstreben.

„Pionierstaat der Sozialgesetzgebung“

Die Sozialstaatlichkeit der Nachkriegszeit habe auf einer langen deutschen Tradition aufgebaut, wie Manfred G. Schmidt referierte. Eine jahrhundertealte, tief in der Gesellschaft verwurzelte Herrschaftstradition, der die Verantwortung des Herren gegenüber seinem Knecht zugrunde lag, habe



Wolfgang Krieger: Allgemeines Gefühl der Unsicherheit.

Foto: Willenborg

Deutschland bereits im 19. Jahrhundert zum „Pionierstaat der Sozialgesetzgebung“ werden lassen. Die Bismarcksche Sozialpolitik sollte negativen Folgen der zunehmenden Industrialisierung und Verstädterung entgegenwirken und die Arbeiterschaft an den monarchischen Staat binden. Neben dieser Tradition – so machte Schmidt deutlich – stellte später das demokratische System einen idealen Nährboden für den Ausbau der Sozialstaatlichkeit dar. Durch das allgemeine Wahlrecht sei es nun auch der großen Masse der finanziell schlechter Gestellten, die im besonderen Maße vom Sozialstaat profi-

tieren, möglich, Einfluss auf die Gesetzgebung zu nehmen. Dies zeigte sich deutlich daran, dass die zwei großen deutschen Sozialstaatsparteien – die CDU/CSU und die SPD – bei ihren Wahlkämpfen besonders mit sozialen Themen versuchten, Wählerstimmen für sich zu gewinnen.



Manfred G. Schmidt: Sanierung des Sozialsystems schwer umzusetzen.

Foto: Schwarzer

Jedoch sei der für den deutschen Bundesstaat typische Dauerwahlkampf für den Staat auch ein Problem, weil so eine „Sanierung“ des Sozialsystems nur schwer umzusetzen sei. Daneben hänge der Sozialstaat von sozioökonomischen Wirkkräften ab. „Wirtschaftlich begünstigt durch die enor-

me Wohlstandssteigerung seit 1948 ist es der Bundesrepublik Deutschland lange Zeit möglich gewesen, eine großzügige Sozialpolitik zu machen.“ Die demografischen Entwicklungen, insbesondere die Überalterung der Gesellschaft, stelle die Politik heute jedoch vor die große Herausforderung, den Sozialstaat an die neuen Umstände anzupassen, ohne die soziale Versorgung zu stark einzuschränken.

Aus der Sicht der praktischen Politik befassten sich mit diesen Fragen auch prominente bayerische Politiker in einer von Daniela Philippi geleiteten Podiumsdiskussion. Margarete Bause, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, betonte: „Aufgrund von veränderten Familienstrukturen, der Unsicherheit vieler Bürger in Bezug auf den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und die zunehmend begrenzten Handlungsmöglichkeiten des Nationalstaats geben bisherige Ordnungsvorstellungen keine lebenslange Sicherheit mehr.“ Sie forderte daher, dass der Staat jedem Einzelnen mehr Teilhabe eröffnen sollte, und zwar durch ein optimales Bildungsangebot.

Kein Auslaufmodell

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Franz Maget, unterstrich die Bedeutung der Würde des Menschen. Für ihn sei diese sehr stark abhängig von der tatsächlichen Gewährleistung sozialer Grundrechte und Sicherheiten. Auch in Zeiten der Globalisierung sei der deutsche Sozialstaat kein Auslaufmodell. „Er hat vielmehr einen erheblichen Anteil am gesellschaftspolitischen und auch am wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und muss daher in jedem Fall erhalten werden.“

Georg Fahrenschon von der CSU forderte neben der Weiterentwicklung der staatlichen Systeme mehr Eigenverantwortung der Bürger. Die Menschen sollten befähigt werden, in einer globalen Welt zu leben. Daneben wandte

sich der Bundestagsabgeordnete an die Politiker: „Es liegt auch in Ihrer Verantwortung, das Vertrauen der Bürger in die Politik und in die Demokratie zurück zu gewinnen“. Das Sicherheitsbedürfnis der Menschen spielt auch dann eine Rolle, wenn sie sich die Systemfrage stellen: Ist die Demokratie in der Lage, hochkomplexe Probleme, die gegebenenfalls zum Verlust von Sicherheit führen, zu lösen?

Ein Gefühl der Unsicherheit kann auch entstehen, wenn immer mehr Bürger fragen, ob der Staat überhaupt fähig ist, seine Bevölkerung vor kriminellen und besonders vor aktuell drohenden terroristischen Anschlägen zu schützen. In diesem Zusammenhang befassete sich die Tagung auch mit der Frage, wieviel Freiheit der einzelne Mensch aufzugeben bereit ist zugunsten staatlicher Sicherheitsmaßnahmen.

Bürger aus. Im Gegensatz dazu ziehen 59 Prozent der westdeutschen Befragten ihre Entscheidungsfreiheit einem Staat vor, der für seine Bürger verantwortlich ist. Dies hängt fraglos mit den unterschiedlichen Erfahrungen innerhalb zweier völlig verschiedener politischer Systeme zusammen.

Erfahrungsbedingte Einblicke, welche Stellung die Sicherheit in der Politik und im Alltagsleben der ehemaligen DDR einnahm, gab Stefan Wolle: „Die Gesellschaft befand sich in einer ständigen Alarmbereitschaft.“ Dies habe sich daran gezeigt, dass die Furcht vor dem „Gegner“ Bundesrepublik Deutschland in der Bevölkerung gezielt wach gehalten wurde. Nur der Sozialismus war angeblich fähig, soziale Sicherheit zu gewährleisten. Außerdem habe ein „System der Abge-



Gute Laune trotz kontroverser Diskussion: von links Franz Maget, Jürgen Weber, Margarete Bause, Daniela Philippi, Georg Fahrenschon, Karl-Heinz Willenborg.

Foto: Schwarzer

Selbstverantwortung der Bürger

Studien des Allensbacher Instituts für Demoskopie, die Edgar Piel vorstellt, zeigen, dass die Mehrzahl der Deutschen die „Bürgerselbstverantwortung“ einem „Versorgungsstaat“ vorziehen. Interessant war dabei die Aufschlüsselung nach Befragten aus West- und aus Ostdeutschland. So sprachen sich 2002 48 Prozent der Ostdeutschen für einen Versorgungsstaat und 28 Prozent für die Selbstverantwortung der

sperrtheit“ vorgeherrscht. Dies äußerte sich in einer allgemein verbreiteten Skepsis gegenüber der gesellschaftlichen Umwelt. Paradoxe Weise habe schließlich die Institution, die für eine wohl einmalige Überwachung der eigenen Bevölkerung seitens des Staates verantwortlich war, den Namen „Ministerium für Staatssicherheit“ getragen. Eine Bezeichnung, die den Anschein erwecken sollte, dass die „Stasi“ die Unversehrtheit der eigenen Bürger garantierte.

Besonders deutlich wurde das Spannungsfeld zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen auf der einen und dem Bedürfnis nach Freiheit auf der anderen Seite, als es im Verlauf einer weiteren Podiumsdiskussion darum ging, welche Handlungsbefugnisse der Staat seinen Sicherheitsbehörden bei der Kriminalitätsbekämpfung geben sollte. Moderiert von Jürgen Weber äußerten sich hierzu die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, der Kriminaldirektor Axel Brockmann und der Journalist und Terrorismusexperte Rolf Tophoven.

Axel Brockmann erläuterte die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland. Er wies auf eine wachsende Gewaltbereitschaft seitens der rechtsextremistischen Szene hin, die jedoch insgesamt keine terroristischen Strukturen erkennen lasse. Auch bei den Linksextremisten gibt es seiner Einschätzung zufolge keine Strukturen, die mit denen der Roten Armee Fraktion in den Siebzigern zu vergleichen seien.



Axel Brockmann: „Die Sicherheitsbehörden müssen mit den technischen Entwicklungen Schritt halten.“



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: „Jeder Mensch hat seine Privatsphäre.“



Rolf Tophoven referierte über die Entwicklung der islamistischen Al-Qaida.

Fotos: Willenborg

Neue Dimensionen des Terrorismus

Den Schwerpunkt der Arbeit im Bereich des Extremismus stelle für die deutschen Sicherheitsbehörden derzeit die Bekämpfung des internationalen und islamistischen Terrorismus dar. Deutschland sei dabei Teil eines weltweiten Gefahrenraumes – wie auch Rolf Tophoven betonte, der vorher ausführlich über die Entwicklung der islamistischen Al-Qaida referierte.

Der heutige Terrorismus zeichne sich qualitativ durch völlig neue Dimensionen aus. Hierarchische Organisationsstrukturen seien verschwunden und an ihrer Stelle hätten sich multiple Netzwerkstrukturen gebildet, für die noch keine wirksame und effiziente Bekämpfungsstrategie gefunden worden sei.

Brockmann betonte die Bedeutung des Internet. Es bilde für die gewaltbereiten Islamisten eine zentrale Plattform für Informationsaustausch, Ideologisierung, Radikalisierung und schließlich für die Organisation von Terroranschlägen. Brockmann appellierte: „Die Sicherheitsbehörden müssen mit den technischen Entwicklungen Schritt halten.“ Er forderte auch weitere rechtliche Möglichkeiten, um die Polizei zu befähigen, Straftaten aufzuklären und zu verhindern.

Privatheit schützen

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger machte deutlich, dass die Maßnahmen des Staates und seiner Sicherheitsbehörden nicht so weit gehen dürfen, dass sie den einzelnen Bürger in seinen Freiheiten zu weit einschränken.

Sie betonte, dass Privatheit ein Gut sei, das es zu schützen gelte: „Für mich gibt es keinen dümmeren Ausspruch als ‚Ich hab ja nichts zu verbergen‘, denn jeder Mensch hat seine Privatsphäre.“

Durch die Einengung der bürgerlichen Freiheiten würden die Terroristen genau das erreichen, was sie anstreben, nämlich die Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Werte. Und das gelte es zu verhindern. Denn was nützt Sicherheit, wenn es keine Freiheit mehr gibt, die es zu schützen gilt? ■

*Jürgen Weber/
Karl-Heinz Willenborg*

Rechtsextremismus bleibt eine Herausforderung

Kürzungen bedrohen politische Bildungsarbeit in Ostdeutschland

An der Wiege unserer Akademie stand das Bemühen, rund zehn Jahre nach Ende der Nazi-Diktatur die noch junge Demokratie zu festigen und gegen Bedrohungen durch totalitäre Ideologien zu immunisieren. Eine Demokratie ohne Demokraten wie in Weimar sollte es nicht mehr geben. Doch rechtsextreme Ideologien sind immer noch eine Herausforde-

rung für die Demokratie und die politische Bildung. Im 50. Jahr des Bestehens unserer Akademie ist dies eine bittere Wahrheit, der wir uns stellen müssen. Das diesjährige „Forum Politische Bildung“ nahm diese Herausforderung an. Neben den aktuellen Forschungsergebnissen der Sozialwissenschaft wurde auch die Frage nach der Rolle der Medien

gestellt: Wie sollen sie mit dem Rechtsextremismus umgehen? Hochschreiben oder Totschweigen? Aufklären oder der Chronistenpflicht nachkommen? Schließlich wurden beispielhafte Projekte der „Gegenbewegung“ vorgestellt und Mut machende Initiativen und Modelle der politischen Bildung gegen Rechtsextremismus präsentiert.

Der Parteien- und Rechtsextremismusforscher Richard Stöss von der FU Berlin bot einen Überblick über die Entwicklung der rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik, die sich sowohl bei Mitglieder- als auch bei Wählerzahlen in Wellen bewegt. Die NPD bezeichnet er ab 1997 als Neo-Nazi-Partei und beobachtet seit 1998 eine West-Ost-Verschiebung: die Rechtsextremen werden im Osten stärker als im Westen. Er unterschied im Zeitverlauf seit 1945 wechselnde politische Anliegen und Kampagnen: von der Wiederherstellung des Deutschen Reichs über die Überfremdungskampagne der 80er Jahre (Asylantenflut) bis zur aktuellen Kampagne gegen die Globalisierung (gegen „vaterlandslosen Raubtierkapitalismus“).

Die Ziele der NPD beschrieb Stöss mit Zitaten führender Neo-Nazis: Ziel der NPD sei es, „die BRD ebenso abzuwickeln, wie das Volk vor 15 Jahren die DDR abgewickelt“ habe (Udo Voigt 2004). „Die BRD abwickeln – das folgt aus der Präambel und dem Artikel 146 des Grundgesetzes“ (Frank Schwerdt 2004). „Wir hingegen halten das liberalkapitalistische System für gescheitert. Wir wollen es weder stützen, noch reformieren – wir wollen es ablösen“ (Udo Voigt 2002). Und: „Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung“ (Uwe Leichsenring 2004).

Zunahme der Gewaltbereitschaft

Die „drei strategischen Säulen der NPD“ beschrieb der Parteienforscher Stöss mit dem „Kampf um die Straße“, dem „Kampf um die Köpfe“ und dem „Kampf um die Wähler“. 2004 seien sie ergänzt worden um den „Kampf um den organisierten Willen“. Besondere



Parteienforscher Richard Stöss: „Die NPD entwickelt sich zum Kristallisierungskern des Rechtsextremismus in Deutschland.“

Bedeutung habe die „Wortergreifungsstrategie“. „Konkret heißt das: Veranstaltungen und Versammlungen stören“, sagte Stöss. Seine Bilanz: Rechtsextremismus hat sich von einem Mittelschicht- zu einem Unterschichtphä-

nomen gewandelt. Es gibt West-Ost-Gewichtsverlagerung beim Organisationsgrad, den Wählern und den Einstellungen. Die Überfremdungs- und Antiglobalisierungskampagnen haben mittlerweile deutlich Vorrang vor den alten Revisionismus- und Reichskampagnen. Die Propaganda der NPD ist zunehmend sozial ausgerichtet und trifft sich partiell mit linken Systemkritikern. Die NPD entwickelt sich zum Kristallisierungskern des Rechtsextremismus in Deutschland und es gibt eine dramatische Zunahme des gewaltbereiten, systemfeindlichen Potenzials inner- und außerhalb der Partei.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit untersucht ein interdisziplinäres Team um den Bielefelder Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer. Sandra Hüpping und Frank Asbrock stellten Ergebnisse aus diesem auf zehn Jahre angelegtem Langzeitprojekt vor.

Fremdenfeindlichkeit und Angst vor dem Islam nehmen deutlich zu. Während im Westen stärker fraueneindliche Einstellungen vertreten werden, sind es im Osten signifikant häufiger fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen. Altersunterschiede sind für menschenfeindliche Einstellungen nicht entscheidend: Gewaltbereitschaft und Gewaltbilligung sind kein ausschließliches Jugendproblem. Junge Menschen wachsen in eine Ge-

sellschaft hinein, die immer häufiger Gewalt toleriert.

Das Bildungsniveau hingegen ist durchaus entscheidend für die Ausprägung menschenfeindlicher Einstellungen. Auch die regionale Herkunft und die wirtschaftliche Entwicklung der eigenen Region nehmen Einfluss auf die individuelle Wahrnehmung. So ist das Gefühl von Orientierungslosigkeit in abwärts driftenden Regionen signifikant stärker ausgeprägt. Es speist sich allerdings mehr aus der Wahrnehmung von Krisen denn aus tatsächlichen Erfahrungen. Hier sehen die Sozialforscher ein Alarmzeichen: „Daraus erwachsen negative Konsequenzen für die Integrationsqualität der Gesellschaft.“

Frank Asbrock wies auf einen scheinbaren Widerspruch hin: je weniger Ausländer und Fremde es in einer Gegend tatsächlich gibt, um so stärker sind fremdenfeindliche Einstellungen ausgeprägt. Eine mögliche Antwort hält die Kontakthypothese bereit: Kontakte zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Gruppen helfen, die Beziehungen zwischen den Gruppen zu verbessern. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Kontakte persönlich und eng sind, die Beteiligten den gleichen Status haben, sie gemeinsame Ziele verfolgen und wenn der Kontakt durch Autoritäten unterstützt wird.

Die Forschungsgruppe um Heitmeyer traut sich zu, diskriminierendes und aggressives Verhalten vorherzusagen – je nach Ausprägung der menschenfeindlichen Einstellungen: wer Vorurteile zeigt, neigt auch später eher dazu, Gewalt- und Diskriminierungsabsichten zu äußern. Diese Prognosen können durch die Berücksichtigung von Emotionen noch verbessert werden: Auf Furcht folgt Vermeidung, auf Wut Gewalt.

Demokratiepädagogik

Auch der Potsdamer Pädagogikprofessor Wilfried Schubarth sieht Rechtsextremismus nicht nur als Jugendproblem: Facetten des Rechtsextremismus sieht er bei Erwachsenen eher in Organisationen, Mitgliedschaften und Einstellungen, während rechtsextreme Subkultur und Gewalt mehr ein Ju-

gendphänomen sind. Bei der Wählerschaft sieht er keine Unterschiede. Schubarth riet dringend davon ab, der Schule und den Pädagogen einseitige Schuldvorwürfe zu machen: „Pädagogik ist nur ein Teil der Strategie gegen Rechtsextremismus. Die Sozialisation bleibt ein Risikofaktor.“ Er forderte



Wilfried Schubarth: „Es darf keine rechtsextreme Hegemonie in Klassen und Schulen geben!“

Fotos: hmw



Matthias Müller empfiehlt eine offensive Auseinandersetzung mit Texten und Musik der rechtsextremen Szene.

eine offensive Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen: „Es darf keine rechtsextreme Hegemonie in Klassen und Schulen geben!“ Zu einer Demokratiepädagogik gehöre auch das Etablieren einer demokratischen Schulkultur. Es sei wichtig, mit rechtsextremen Schülern im Gespräch zu bleiben, andererseits aber auch „Null Toleranz“ für menschenverachtendes Denken und Handeln zu zeigen. Um einer drohenden „Faschisierung der Provinz“ entgegen zu arbeiten, brauche es verstärkte Anstrengungen und vor allem finanziell abgesicherte pädagogische Programme der Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus.

In einem solchen finanziell ungesicherten Projekt arbeitet Matthias Müller

von der Initiative MOBIT in Thüringen. Er empfiehlt aus der praktischen Erfahrung der Mobilen Beratung vor allem eine offensive Auseinandersetzung mit Texten und Musik der rechts-extremen Szene, insbesondere mit der „Schulhof-CD“ der NPD. Argumentationstraining und Streit-Schlichter-

Modelle sind weitere Bausteine seines pädagogischen Konzepts. Gespräche mit Zeitzeugen der Nazi-Diktatur und Überlebenden des Holocaust gehören ebenso dazu („Was machen wir, wenn uns diese Stimmen irgendwann fehlen?“) wie historische Stadtkundungen, Quellen- und Archivarbeit und die „Aktion Stolpersteine“, mit der an verschleppte und ermordete jüdische Mitbürger erinnert wird. Für Müller

ist es wichtig, sich mit den Opfern zu solidarisieren, sich selbst menschenrechtlich-demokratisch zu positionieren und die Nicht-Rechten zu stärken. Auch er empfiehlt, im Gespräch zu bleiben und „mehr Demokratie“ zum Dauerthema zu machen.

Über- oder Unterthematisierung

Mit der Rolle der Medien befasste sich Britta Schellenberg vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) in München. Die Bertelsmann-Stiftung hatte in den Jahren 2000/2001 die Berichterstattung von ARD und ZDF bezüglich des Themas Rechtsextremismus untersucht. Auch bei der Berichterstattung gibt es die schon angespro-

Linktipps:

- <http://www.bpb.de/themen/R2IRZM,0,Rechtsextremismus.html>
- <http://www.moderne-nazis.de/index.html>
- <http://www.mobit.org/>
- <http://www.zentrum-demokratische-kultur.de/projekte.html>
- <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/default.html>
- http://www.uni-bielefeld.de/ikg/projekt_gmf-survey.htm

chenen Wellenbewegungen: „Entweder es gibt eine Über- oder eine Unterthematisierung.“ Die eine sei „irreal-bedrohlich“, die andere verharmlose. Schellenberg sprach sich stattdessen für eine kontinuierliche Berichterstattung aus. Zu beobachten sei eine eher reaktive Haltung bei den Journalisten. Sie sieht aber auch die Zwänge: Quoten- und Zeitdruck sowie der Zwang des Fernsehens zur Bebildung. Für Recherche bleibe immer weniger Zeit.

Die Medienforscherin forderte eine Spezialisierung und vertieftes Wissen der Journalisten. Ferner dürften Migranten nicht nur in ihrer Rolle als Opfer rechtsextremer Gewalt oder als Straftäter dargestellt werden: „Migranten und Ausländer müssen in ihrer Alltagsnormalität in Deutschland gezeigt

werden.“ Stereotypen seien zu vermeiden. Migranten als Moderatoren in Nachrichtensendungen könnten sicher hilfreich sein auf dem Weg zu einer



Britta Schellenberg forderte mehr Kontinuität und Normalität bei Berichten über Migranten.

normalen Einstellung gegenüber der sozialen Realität der Einwanderungsgesellschaft Deutschland.

Toralf Staud ist ein Journalist, der sich den Vorwurf stereotyper Berichte nicht gefallen lassen muss. Seit vielen Jahren recherchiert der frühere „Zeit“-Reporter in der rechtsextremen ostdeutschen Szene. Seine Erfahrungen und Konsequenzen hat er in 12 Punkten unter dem Titel „Was tun?“ am Ende seines Buchs über die „modernen Nazis“ zusammengefasst (siehe den nachfolgenden Text).

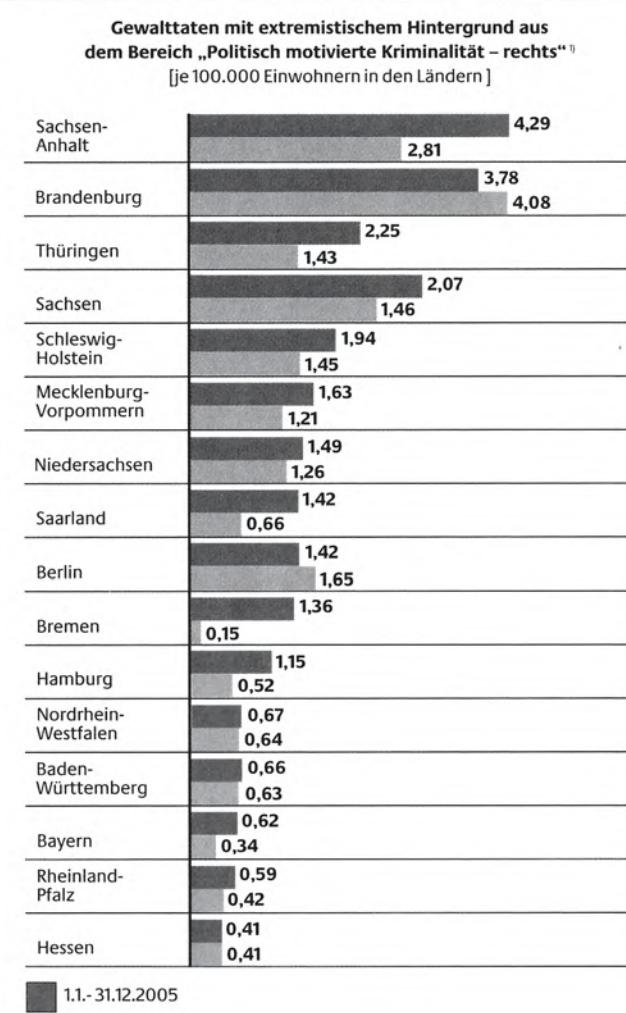
Berichte direkt aus der Szene lieferte Matthias Adrian, ein ehemaliger führender Funktionär der NPD in Hessen, der den Ausstieg fand und jetzt selbst ausstiegswilligen Rechtsextremen auf ihrem schwierigen und gelegentlich auch gefährlichen Weg hilft. „Ich kämpfe nicht gegen Nazis, sondern gegen den Nationalsozialismus“, sagt er. „Das sind ganz normale Menschen mit einer beschissen Ideologie.“

Seine Biografie entspricht so gar nicht den landläufigen Klischees mit schwerer Jugend und früher Gewalterfahrung in der Familie. Sein Zuhause war eher behütet, ländlich-katholisch geprägt. Er hat zwei erlernte Berufe, wurde als Kind geliebt und war nie arbeitslos. Sein Problem waren eher die Kriegserzählungen der Großväter von der „guten alten Zeit unterm Hitler“ und dass sein Lehrer ihn mit „Schockpädagogik und Fotos aus den KZs“ auf den richtigen Weg bringen wollte.

Rebellion und Widerstand und eine immer tiefer hinabführende Spirale in den braunen Sumpf waren die Folge. Auch Adrian warnte vor Stereotypen: „Die Rechten entsprechen nicht unbedingt dem Klischee von Glatzen und Springerstiefeln. Die Mode wechselt. Und die Strategie und Taktik der NPD verabschiedet sich gerade von der Glatzenszene.“ ■

Michael Schröder

*Quelle: BMI (Hrsg.):
Verfassungsschutzbericht 2005,
Berlin 2006*



Was tun?

Eine kleine Gebrauchsanleitung für den Umgang mit der NPD

von Toralf Staud*

1. Nicht unterschätzen ...

Ein NPD-Mitglied ist nicht automatisch dumm. Und obwohl ein Teil ihrer Wähler sicherlich Protestwähler sind, ist die NPD keine Protestpartei; sie hat disziplinierte Kader, ein geschlossenes Weltbild, eine klare Strategie. Ihre Abgeordneten im sächsischen Landtag beweisen Cleverness bei der Auswahl ihrer Themen. Sie demonstrieren sich nicht selbst, wie man es beispielsweise von der DVU gewohnt war. Sie sind fleißiger als ein Durchschnittsdemokrat, denn der ist – zum Glück – nicht so fanatisch. Die NPD-Kader haben eine Mission, sie fühlen sich als Teil einer unaufhaltsamen Bewegung. Ignorieren hilft nicht. Inzwischen hat die NPD in etlichen ostdeutschen Kommunen einen Wählerstamm von zwanzig Prozent aufgebaut. Trotzdem setzen sich die anderen Parteien und die Medien nicht ernsthaft mit Propaganda und Programm der NPD auseinander. Als die Partei in den sechziger Jahren ihre erste Erfolgswelle hatte, gab es eine wahre Flut von Ratgebern und Aufklärungsbroschüren. Auch die CDU erarbeitete damals einen 43 Seiten dicken »Leitfaden« für ihre Mitglieder. Bis heute, ein Dreivierteljahr nach dem Landtagszug der NPD, hat zum Beispiel die sächsische CDU nichts dergleichen zustande gebracht. Kein Wunder, dass sie immer noch völlig kopflos agiert.

2. ... aber auch nicht über-schätzen

Ein Gutteil der NPD-Leute ist aber doch dumm; der Mangel an halbwegs fähigem Personal ist das größte Problem der Partei. Den meisten Kadern fehlen soziale Kompetenz und politisches Geschick. Gerade weil sie ein

hermetisches Weltbild haben und ihren »Kampf für Deutschland« fast wie Besessene führen, sind die meisten von ihnen zu praktischer Politik nicht fähig. Niemand in der heutigen NPD hat ein Charisma, das über die Partei hinausreicht. Die einfachen NPD-Mitglieder sind oft nicht einmal in der Lage, ihre Nachbarn zu einer Unterstützungsunterschrift für die Partei zu überreden. Die NPD glaubt in ihrem Größenwahn, sie könne den Staat stürzen. Reißerische Illustrertenstorys und empörte Politikerrituale machen sie größer, als sie ist.



Der Journalist Toralf Staud recherchierte in der rechtsextremen Szene.
Foto: hmw

3. Korrekt behandeln

Seien Sie höflich, auch zu Neonazis! Es bringt der NPD nur Sympathien, wenn ihr – wie am Abend der sächsischen Landtagswahl – im Fernsehen das Mikrofon weggezogen wird oder Politiker aus dem Studio rennen. Für das Selbstbild und den Zusammenhalt der rechten Szene ist es ungemein wichtig, sich als Märtyrer aufführen zu können. Abgeordnete der NPD sind demokratisch legitimiert – ihre Ideologie ist es nicht. Ihre Reden dürfen nicht un-

widersprochen bleiben. Doch dazu muss nicht die Geschäftsordnung des Landtags geändert werden. Schon gar nicht dürfen die allgemeinen Rechte eines Abgeordneten eingeschränkt werden – das wäre Beschneidung der Demokratie zur Verteidigung der Demokratie. Es ist nicht nur albern, sondern verkehrt, den Plenarsaal zu verlassen, wenn Rechtsextremisten reden. »Ich hätte nicht gedacht, dass es so einfach ist, ein Parlament zu säubern«, lästerte Holger Apfel einmal, nachdem die Abgeordneten der demokratischen Parteien hinausgestürzt waren. Die Freude sollte man ihm nehmen.

4. Ausgrenzen, aber nicht ausstoßen

Die NPD ist keine normale Partei. Ihre Mitglieder und Funktionäre sind keine gleichberechtigten Partner in der politischen Auseinandersetzung. Doch muss ihre Ausgrenzung immer begründet werden, damit sie sich nicht als verfolgte Unschuld präsentieren können: Die NPD lehnt das Grundgesetz ab. Sie erkennt die allgemeinen Menschenrechte nicht an. Sie ist es, die sich damit ausgrenzt. Wer sich zur NPD bekannt, darf deshalb ausgeschlossen werden. Auch aus dem Sportverein, dem Männerchor, der Gewerkschaft.

Es muss abschreckend sein, bei der NPD mitzumachen. Aber der Weg zurück muss offen bleiben. Es wird viel schwerer, die rechte Szene zu verlassen, wenn Freunde und Familie alle Brücken abgebrochen haben. Wer sich nur noch in den geschlossenen Zirkeln der Rechten bewegt, steigert sich immer weiter hinein. Sagt sich jemand von der NPD-Ideologie los, darf ihm seine Vergangenheit nicht ewig nachgetragen werden.

* Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags und des Autors aus: Staud, Toralf: Moderne Nazis. Kiepenheuer & Witsch, Köln, 3. Aufl. 2006

5. Null Toleranz gegenüber rechten Straftaten ...

Wer Paragraphen verletzt, gehört bestraft. Das gilt für Rechtsextremisten nicht weniger, aber auch nicht mehr als für alle anderen. Ein Hakenkreuz auf dem Schulranzen oder ein Tritt gegen einen Dunkelhäutigen in der S-Bahn darf nicht toleriert werden. Von niemandem. Das hat nichts zu tun mit »Pogromstimmung«, über die die NPD gern jammert. Die Prinzipien des Rechtsstaats müssen selbstverständlich eingehalten werden. Und natürlich gilt das Grundgesetz für jeden Skinhead, natürlich genießen Neonazis Versammlungsfreiheit. Die Änderung des Demonstrationsrechts, die vor dem 60. Jahrestag des Kriegsendes hektisch durchgezogen wurde, beschneidet Grundrechte und war bloße Symbolpolitik. In keiner KZ-Gedenkstätte kann man sich erinnern, dass dort je ein Neonazi demonstrierten wollte. Um glaubwürdig gegen Nazis

vorgehen zu können, darf der Staat selbst keine Minderheiten benachteiligen. Solange etwa Asylbewerber in menschenunwürdigen Heimen hausen müssen, werden sich Rechtsextremisten ermutigt fühlen, Brandsätze auf sie zu werfen. Im Übrigen würden die ausländerfeindlichen Überfälle schnell aufhören, wenn jedes Opfer automatisch ein Daueraufenthaltsrecht für Deutschland bekäme.

6. ... doch die NPD gehört nicht verboten, sondern widerlegt

Wahrscheinlich kann man außer in Diktaturen nur in Deutschland auf die Idee kommen, eine oppositionelle Partei zu verbieten, obwohl sie nicht offen zur Gewalt aufruft. Die freiheitliche Demokratie ist das bessere System als der völkische Führerstaat, den die NPD anstrebt. Wenn Demokraten sich nicht mehr zutrauen, die Wähler davon überzeugen zu können, haben sie schon verloren. Aber ist überhaupt noch je-

mand fähig, für die Demokratie und ihre Prinzipien zu streiten? Die etablierten Politiker sind (wie die meisten Bürger) grundsätzliche Angriffe nicht mehr gewohnt. Sie sind Schönwetterdemokraten und schnappen nach Luft, wenn sie mal einen echten Nazi treffen. Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten ist mühsam, und Spaß macht sie auch nicht. Aber ein anderes Mittel gegen die NPD gibt es

werden. Demokratiedefizite der EU sind ein wichtiges Thema. Wenn die NPD bestehende Probleme anspricht, hilft es kein bisschen, die Nazikeule zu schwingen. Und wenn sie etwa Volksabstimmungen fordert, muss man die nicht ablehnen, sondern darauf hinweisen, dass sie für die NPD der erste Schritt zur Abschaffung der Parlamente sind. Würden die anderen Parteien nur halb so viel Energie in die Ausein-



Zeichnung: Mester

nicht. Wenn sie sich als Sozialkämpfer aufspielt, muss man ihr Konzept einer wärmenden Volksgemeinschaft bloßstellen. Wenn sie für Umweltschutz eintritt, muss man die zugrunde liegende Blut-und-Boden-Ideologie offen legen. Es ist nicht so schwer, das Programm der NPD zu demontieren. Dazu muss man es aber zumindest gelesen haben. Auch praktisch wäre ein Verbot der NPD nutzlos, die harten Kader würden weiterziehen in andere Organisationen. Genauso gut könnte man versuchen, sie einfach wegzuzubauen.

7. Themen streitig machen

Im sächsischen Landtag zeigt sich deutlich, dass die NPD nur so gut ist, wie die anderen Parteien sie sein lassen. Ihre Abgeordneten werfen sich gern auf Themen, die von den anderen liegen gelassen werden. Chancen und Risiken der Integration von Ausländern zum Beispiel müssen offen debattiert

andersetzung mit der NPD stecken, wie in den Streit untereinander, wäre viel gewonnen. Demokratische Politiker sollten planmäßig die Themen identifizieren, mit denen die NPD kampagnenfähig werden könnte, und diese selbst besetzen. Bisher hecheln sie der NPD immer nur hinterher.

8. NPD-Wahlerfolge nicht mit sozialen Problemen entschuldigen

Natürlich wählen auch Arbeitslose die NPD, aber sie tun das nicht, weil sie arbeitslos sind, sondern weil sie deren rassistischen Parolen glauben. Das ist ein wichtiger Unterschied. Von den Wählern, die bei der sächsischen Landtagswahl im September 2004 der NPD ihre Stimme gaben, waren nur 20 Prozent arbeitslos. Aber 96 Prozent waren der Überzeugung, von Ausländern gehe eine »Überfremdungsgefahr« aus; bei einem Anteil von gerade 2,8 Prozent nicht-deutscher Bevölkerung in Sachsen. Wenn CSU-Chef Edmund

Stoiber öffentlich die gestiegene Arbeitslosenquote und Gerhard Schröder für das Erstarken der NPD verantwortlich macht, lenkt er also vom eigentlichen Problem ab, nämlich dem rechts-extremen Weltbild eines wesentlichen Teils der Bevölkerung. Deutschland sei in einer Situation wie »seit 1932 nicht mehr«, sagte Stoiber mit Blick auf die Zahl von sechs Millionen Menschen ohne Job. Das bringt wenig für die Auseinandersetzung mit der NPD und ist historisch falsch. Die Weimarer Republik scheiterte nicht an der Massenarbeitslosigkeit, sondern weil die bürgerlichen Parteien damals die Demokratie nicht verteidigt haben.

9. Die NPD nicht mit der PDS oder Linksextremisten gleichsetzen

Wer die PDS mit der NPD auf eine Stufe stellt, verarmlost die Rechtsextremisten. Die Postkommunisten sind längst eine staatstragende Partei geworden, die NPD aber will diesen Staat stürzen. Die PDS hat in den vergangenen 15 Jahren dafür gesorgt, dass auch die Wiedervereinigungsgegner in der Bundesrepublik angekommen sind, sie hat die DDR-Nostalgiker in die parlamentarische Demokratie integriert – in der Oppositionsrolle zwar, aber doch als Teil der Ordnung. Die NPD dagegen will eine »neue Ordnung«, und sie kann sich nicht versöhnen mit dem Parlamentarismus. Praktisch jeden Tag werden in Deutschland Ausländer, Obdachlose und linke Jugendliche von rechten Schlägern überfallen. Aber es ist lange her, dass hierzulande ein Kapitalist von einem Linksterroristen ermordet wurde. Rechtsextremistische Propaganda richtet sich gegen Schwache, linksextremistische gegen Starke. Wen die NPD zum Feind erklärt, der ist in der Regel schutzlos. Die Feinde der Linksextremisten aber fahren gepanzerte Limousinen und bekommen Polizeibegleitung. Wer behauptet, man müsse gleichermaßen gegen Extremisten von rechts wie von links kämpfen, vernebelt den Blick auf die Realität. Linksextremisten muss man in Ostdeutschland mit der Lupe suchen, Rechtsextremisten beherrschen vielerorts die Straßen. Will man die NPD unbedingt mit irgendwem vergleichen,

dann bitte mit Islamisten. Sie stellen die freiheitliche Demokratie und die liberale Gesellschaft ähnlich fundamental in Frage, wie es die NPD tut. Nicht umsonst besuchte Udo Voigt 2002 eine Versammlung der islamistischen Hizb-ut- Tahrir und versicherte der inzwischen verbotenen Organisation die »Solidarität aller aufrichtigen Deutschen«.

10. Demokratische Werte in der Gesellschaft vermitteln

Parteien wachsen aus der Gesellschaft; wenn sich dauerhaft eine demokratiefeindliche Partei etabliert, stimmt etwas mit der Gesellschaft nicht. Mag sein, dass Politiker das nicht begreifen können, denn die harte Währung in ihrem Geschäft sind Prozente bei Wahlen. Mag sein, dass für Politiker Rechtsextremisten erst zum Problem werden, wenn sie Plätze in den Parlamenten wegnehmen – und es sich erledigt hat, wenn sie dort wieder verschwunden sind. Der wirkliche Kampf gegen die NPD muss in der Gesellschaft und von der Gesellschaft geführt werden, in Städten und Dörfern, auf Schulhöfen und an Buswartehäuschen. Wenn sich dort niemand für Demokratie und Menschenrechte einsetzt, haben die Rechtsextremisten schon gewonnen. An den Schulen sieht es oft traurig aus – gerade im Osten. Was kann dabei herauskommen, wenn ein desinteressierter Lehrer mit autoritärer DDR-Vergangenheit den Schülern demokratische Werte vermitteln soll? Aber auch im Westen hat kaum ein Pädagoge Ahnung von der rechten Jugendkultur. Und den Bildungsministern ist die Didaktik im Mathematikunterricht wichtiger als politische Bildung – jedenfalls wird für Ersteres viel mehr Geld ausgegeben. Gegen die NPD hilft es nicht, in der Schulordnung das Tragen von Springerstiefeln zu untersagen und einmal im Jahr in die nächstgelegene KZ-Gedenkstätte zu fahren.

11. Alternative Jugendkulturen fördern

Die extreme Rechte hat erkannt, dass sie die Jugend mit kulturellen Ange-

boten am besten erreicht. Verbote bringen wenig, dadurch wird es nur noch spannender, Nazi-Konzerte zu besuchen. Wo Rechtsextremismus zum Lifestyle geworden ist, muss man mit Lifestyle dagegenhalten. Solange die Linken cooler sind und mehr Spaß haben, ist noch nicht alles verloren. Wenn der Dorfbürgermeister sagt, Punks seien dreckig, und der Lehrer meint, bunte Haare gehören sich nicht, dann freut sich die NPD. Sie sieht das genauso. Es kann verheerend wirken, wenn Skaterbahnen abmontiert und Sprayer aus Jugendclubs geworfen werden. Dann haben die Rechten freie Bahn. Sie geben bereits heute in vielen Gegenden Ostdeutschlands den Ton an. Wer dort jung ist und seine Ruhe haben will, braucht sich nur rechts zu geben.

12. Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützen

Wer Zivilcourage gegen rechts fordert, muss sie auch fördern – oder sie zumindest nicht behindern. Als vor ein paar Jahren ein Anschlag auf die Erfurter Synagoge verübt wurde, organisierten Jugendliche eine Menschenkette und druckten Flugblätter. Die Polizei hatte nichts Eiligeres zu tun, als Anzeige zu erstatten – die Bürger hatten auf den Flugblättern das vorgeschrriebene Impressum vergessen. Weitere Beispiele? Ein Bürgermeister weigert sich, den Wahlaufruf einer Initiative gegen die NPD im Amtsblatt abzudrucken. Eine schwarz-gelbe Landesregierung dreht einer anerkannten Anti-Nazi-Initiative den Geldhahn zu. Die Arbeit gegen Rechtsextremismus muss langfristig geführt werden und unabhängig davon, ob das Thema, gerade in Mode ist oder nicht. Im Sommer 2000, als die deutsche Öffentlichkeit groß über Rechtsextremismus debattierte, legte die Bundesregierung Förderprogramme gegen rechts auf – seitdem wird Schritt für Schritt wieder gekürzt. Gerade in Ostdeutschland aber gibt es kaum andere Geldquellen, die kommunalen Kassen sind leer, und die Wirtschaft ist zu schwach für große Sponsoringaktivitäten. Für viele Initiativen bedeutet dies zeitraubende Betteltouren bei Spendern und Stiftungen. Oder das Ende. ■

Sprechblasenkommunikation in der Mediokratie

Früherer Kampa-Chef Machnig fordert Rückkehr zu Sachthemen

Umfragen belegen es regelmäßig: Um das Image und die Glaubwürdigkeit von Politik und Politikern ist es schlecht bestellt. Ansehen und Wertschätzung der politischen Klasse stehen am Ende der beruflichen Prestigeskala. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig: Zum einen ist das verzerrte Bild von Politik und das Image der politischen Akteure Resultat medialer Darstellung. Dabei sind Publizistik wie Literatur nicht immer vor Vor- und

Fehlurteilen gefeit. Zum anderen nimmt in der Fernsehdemokratie die Bedeutung der Inszenierung des Politischen immer mehr zu. Der Ausrichtung des Politikbetriebes an der Medienlogik folgt der Eindruck der generellen Trivialisierung der Politik. Skandale, unerfüllte Versprechen sowie Verständigungsprobleme zwischen Politikern und Öffentlichkeit tun ein Übriges, um die Kluft zwischen der Wahrnehmung von Politik und der – zumeist recht unspektakulären –

Alltagswirklichkeit zu vertiefen. Nicht zuletzt dies sind die Quellen, aus denen sich der Unmut über Politiker speist. Die Tagung unter der Leitung von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter und Manfred Schwarzmeier verfolgte das Ziel, mit ausgewiesenen Experten aus Wissenschaft und Politik den skizzierten Zusammenhängen zwischen Politik, Medien und Öffentlichkeit nachzugehen sowie die Frage nach der zukünftigen Entwicklung aufzuwerfen.

Der Dresdener Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Donsbach stellte anhand der Ereignisse um den Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber dar, wie Kommunikationsprobleme zu politischen Selbstläufern mutieren und schließlich sogar zum Rücktritt führen können. Auf Kritik reagierte die Staatskanzlei zunächst mit Ablehnung, was wiederum von den Medien aufgegriffen wurde. Damit war das Thema „Rücktritt“ in die Schlagzeilen geraten. Das unprofessionelle Krisenmanagement und die Verdrängung der eigentlichen Sachfragen führten schließlich zu dem bekannten Ergebnis.



*Wolfgang Donsbach: Unprofessionelles Krisenmanagement im Fall Stoiber.
Fotos: Schröder/Weichbrodt*



Der frühere Wahlkampfmanager Matthias Machnig will wieder mehr über Sachthemen reden.

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Berliner Politikwissenschaftler Nils Diederich sagte aus eigener Ansicht des Politikbetriebes, dass die Mediokratie ihren Tribut fordere. So sei es dem einzelnen Abgeordneten fast nicht mehr möglich, seine eigentliche Tätigkeit in der Öffentlichkeit zu vermitteln, wenn es sich dabei nicht um publikumswirksame Bereiche handele. „Viele Menschen haben ein falsches Verständnis von der Arbeit der Politiker.“ In der Medienberichterstat-

Themen und nicht mehr um die sachliche Arbeit in der politischen Wirklichkeit.

Der frühere Chef der legendären „SPD-Kampa“ und heutige Staatssekretär im Bundesumweltministerium Matthias Machnig referierte über den „Politiker als Marke“. Machnig war zwei Mal Leiter des Wahlkampfteams von Ex-Kanzler Schröder. „Wir müssen über Sachthemen reden“, lautete Machnigs zentrale These. Diese sollten in den

Vordergrund gerückt werden und dann mit „neuen Wegen der politischen Kommunikation“ die handelnden Personen „verkauft“ werden. „Es muss wieder Substanz in die Politik kommen und es dürfen nicht mehr die Personen im Vordergrund stehen.“

Am Beispiel der Gesundheitsreform erläuterte Machnig, dass sich Politiker heutzutage im Streit um Details verlieren und eine Gesamtkonzeption nicht zu erkennen sei, was wiederum zu Frustration und Unverständnis bei der Bevölkerung führe.

Der Gründungsdirektor des ARD-Hauptstadtstudios Jürgen Engert hinterfragte in seinem Vortrag die symbiotische Beziehung von Journalisten und Politikern in der Berliner Republik. Er stellte sich auf eine klare Gelegenposition zu Machnig, indem er verdeutlichte, dass eine Trennung zwischen Sachpolitik und den sie vermittelnden Akteuren „heute weniger denn je möglich ist.“ Das Jahr 2000 stelle in der Politik eine „revolutionäre Zeitenwende“ dar. Die weltweiten

neuen Phänomene wie Globalisierung, Digitalisierung und Demographie stoßen auf einen weit verbreiteten gesellschaftlichen Konservativismus in Deutschland. Wobei Engert Konservativismus als ausgeprägten Korporatismus definierte. Die Konsensdemokratie erfordere eine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner, was zu einer „Wortblasenkommunikation“ führe und bei den Bürgern zunehmend auf Unverständnis stoße. Die beschriebenen gesellschaftlichen Veränderungen zwingen die Politiker, die selbst ein Teil des Problems seien, zu einer Handlungsweise, die nicht geeignet sei, große Schritte durchzusetzen.

Klaus-Peter Schmidt-Deguelle, Medien- und Politikberater aus Berlin, stellte die Frage, ob man politische Images gezielt schaffen kann. Am Beispiel von Hans Eichel stellte er den Imagewandel des ehemaligen Finanzministers dar. Der „Sparkassendirektor mit dem Charme einer nassen Nudel“, wandelte sich durch seine rigorose Sparpolitik zum „Hans im Glück“. Dieser Wan-

del könne aber nur erfolgreich sein, so lange das Image glaubwürdig sei. „Der Politiker ist kein Schauspieler“, er muss sein Image im Einklang mit seiner Person verkörpern. Ein einmal erschaffenes Image sei nur sehr schwer wieder zu korrigieren, so Schmidt-Deguelle.

Künstliche Realität

Josef Klein, Kommunikationswissenschaftler aus Landau, stellte die Kunstsprache der Politiker der Alltagswelt gegenüber. „Politiker sind Zehnkämpfer der Kommunikation“ und „Wanderer zwischen den Welten“. Die Kunstsprache der Politik, wie beispielsweise die Worthülsen „JobAktiv“, „JobCenter“ und „Ich-AG“ führten zu Missverständnissen zwischen den Politikern und ihren Wählern. Die Politik versuche hierbei mit einer Mischung aus Management- und Werbesprache eine künstliche Realität zu erschaffen, von der der Bürger längst wisste, dass es sie nicht gibt. Die Sprache passe nicht mehr zur Wirklichkeit, so Klein.

Der frühere Bundesverfassungsrichter Hans Hugo Klein beschäftigte sich mit den Gefährdungen der parlamentarischen Demokratie durch die Mediengesellschaft. Die These, dass der Bundestag seine Aufgaben nicht engagiert genug wahrnehme, entkräftete Klein.

Dass Personen vor Sachfragen in den Medien dargestellt würden, ließ Klein so nicht stehen. Es habe sich auch durch den gewachsenen Einfluss der Massenmedien auf die Politik „nichts Wesentliches verändert.“ Es gebe keinen politischen Vorgang, der am Parlament vorbeigehe, ohne dass dieses noch entscheidenden Einfluss auf die Gestaltung nehmen könne.

Von einer „Erosion des Ausgabenbewilligungsrechtes des Parlaments“ könne nicht die Rede sein. Der erfolgreiche Politiker verbinde politischen Instinkt, Populismus, Medienpräsenz und Pragmatismus zu einer Einheit. Reine „Darstellungspolitik“ könne auf Dauer „Entscheidungspolitik“ nicht ersetzen. ■

Hans-Martin Weichbrodt

(siehe Pressestimmen Seite 35)



Zeichnung: Mester

Wettbewerbsfähigkeit und alternde Gesellschaft

Expertenstreit um die Gesundheitsreform

Die Gesundheitsreform ist eine der Großbaustellen der Großen Koalition. Die Regierung hat sogar ihre Existenzberechtigung an das Gelingen des Projektes geknüpft. Beitragserhöhungen sollen begrenzt, die Versorgung aller Versicherten auf hohem Qualitätsniveau gesichert und Spielräume für eine bessere Honorierung ärztlicher Leistungen geschaffen werden. Gleichzeitig sollen die Beitragszahler, Patienten und das Bundesfinanzministerium, nicht überfordert werden, obwohl die Bevölkerung älter und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zumindest in den letzten Jahren erodierte. Kann dies die jetzige Reform des Gesundheitswesens leisten? Wie können Gesellschaft und Unternehmen die demografische Herausforderung meistern? Diese zentralen Fragen standen im Mittelpunkt zweier Fachtagungen der Akademie in Kooperation mit der benachbarten Klinik Höhenried.

Gesundheitsreform auf dem Prüfstand

Eine erfolgreiche Therapie setzt eine richtige Diagnose voraus. Dies gilt auch für das deutsche Gesundheitswesen, das zumindest nach Ansicht führender Gesundheitsökonomien seine Leistungen im internationalen Vergleich zu teuer anbietet. Dieser beklagenswerte Zustand hat nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine soziale und ethische Dimension, denn Leistungen müssen aufgrund von Geldmangel eingeschränkt werden. Darin waren sich auch die auf der Tagung referierenden Wirtschaftswissenschaftler einig, doch hinsichtlich der Therapieansätze unterschieden sie sich. Unstrittig war, dass die Motivations- und Anreizstrukturen im Gesundheitswesen Verschwendungen und oftmals unsachgemäße Leistungserbringung verursachten.

Verantwortungsvakuum

Peter Oberender (Universität Bayreuth) beschrieb den Zustand des Gesundheitssystems als eine Art Verantwortungsvakuum (bei Angebot und Nachfrage von Gesundheitsleistungen), das es im Rahmen durchgreifender Reformen zu überwinden gelte. Für Wolfram Richter (Universität Duis-

burg) ist die einseitige Finanzierung des Gesundheitssystems über das Arbeitseinkommen nicht nur sozial ungerecht, sondern auch mit negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung verbunden, weil die Arbeitskosten steigen.



Peter Oberender verlangte eine umfassende Privatisierung des Gesundheitssystems.

Weitere Herausforderungen für das Gesundheitssystem sind die Überalterung der Gesellschaft, der kostentreibende technische Fortschritt sowie der Wettbewerb der Sozialsysteme. Oberender wies allerdings auch darauf hin, dass ein Gesundheitssystem nicht nur als Kostenfaktor begriffen werden sollte. Größere medizinische Möglichkeiten erhöhten zwangsläufig die Ausga-

ben, doch ein effizient gestaltetes System könne beachtliche Beschäftigungs- und Wachstumspotenziale hervorbringen. Das gegenwärtige Konzept der Gesundheitsreform setze aber – so Oberender – nicht an den wirklichen Problemen an. Notwendig sei eine Abkehr vom Umlageverfahren hin zur Kapitaldeckung, also letztlich eine umfassende Privatisierung, die allerdings nur schrittweise durchgesetzt werden sollte. Nachhaltigkeit könne durch personenorientierte Prämien mit individualisierten und übertragbaren Altersrückstellungen, der Schutz ökonomisch Schwächer durch ein Versicherungsgeld gewährleistet werden.



Wolfram Richter erwartet positive Beschäftigungswirkungen und Beitragssenkungen für die Versicherten.
Fotos: wbg

Richter, der „geistige Vater“ des Fondsmodells, verteidigte dagegen den jetzigen Reformentwurf. Der Fonds ermögliche einen Kassenwettbewerb ohne Finanzkraftausgleich bei gleichzeitigem Festhalten an der herkömmlichen, lohnbezogenen Beitragsberechnung. Finanzielle Engpässe müssten die Kassen in Zukunft durch prozentuale oder pauschale Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern überwinden (siehe Kasten). Sie könnten aber auch Überschüsse an ihre Mitglieder ausschütten. Der Wettbewerb werde die

Kassen anregen, Überschüsse zu erwirtschaften und bei der medizinischen Versorgung neue Wege einzuschlagen. Zudem würden die Kassen gezwungen, medizinisch nicht notwendige Leistungen über Zusatzversicherungen anzubieten. Richter erwartet deshalb einen Strukturwandel bei den Kassen und mittelfristig positive Wirkungen für den Arbeitsmarkt sowie Beitragssenkungen für die Versicherten.

Friedrich Seitz, Amtschef des Bayerischen Sozialministeriums, verteidigte die Gesundheitsreform der Großen

Koalition trotz offensichtlicher Mängel als Schritt in die richtige Richtung, lehnte indes zusätzliche Umverteilungswirkungen zu Lasten Bayerns ab. Dagegen übte Konrad Schily, gesundheitspolitischer Sprecher der FDP im Bundestag, liberale Grundsatzkritik, da Wettbewerb nicht staatlich verordnet werden könne. Die Beitragserhöhungen im Vorfeld der Reformen seien das beste Beispiel dafür, dass wirkliche Kostenentlastung und Effizienzsteigerung nicht erreicht würden. Den privaten Krankenkassen beschneide

man durch die Auflage eines Basistarifes (mit Kontrahierungszwang) die Gestaltungsmöglichkeit und die Krankenkassen würden zu Vollzugsorganen einer Kostendämpfungspolitik. Der Weg in ein staatliches Gesundheitswesen sei vorgezeichnet.

Nach Ansicht von Mathias Kifmann (Universität Augsburg) leiste die Gesundheitsreform keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitswesens und der Produktionsfaktor Arbeit werde mit negativen Auswirkungen für die Beschäftigung

Kernpunkte der am 2. Februar 2007 beschlossenen Gesundheitsreform

Gesundheitsfonds: Er stellt das Kernstück der Gesundheitsreform dar und soll die Finanzmittel an die Gesetzlichen Krankenkassen (GKVs) neu verteilen. Entgegen ursprünglichen Plänen soll er nicht 2008, sondern zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Zu diesem Zeitpunkt sollen alle Krankenkassen entschuldet sein. Der Fonds finanziert sich aus den Beiträgen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie aus Steuermitteln. Jede gesetzliche Krankenkasse erhält aus dem Fonds für jeden Versicherten eine bestimmte Pauschale.

Zusatzprämie: Reichen die zugewiesenen Fondsmittel einer GKV nicht, ihre Kosten zu decken, muss sie einen Zusatzbeitrag erheben. Zum Schutz sozial Schwacher darf dieser jedoch ein Prozent des Haushaltseinkommens eines Patienten nicht übersteigen.

Beiträge: Der Beitragssatz an den Gesundheitsfonds wird künftig von der Regierung bundeseinheitlich festgelegt. Die Kassen ziehen weiter die Beiträge ein und führen dann das Geld an den Fonds weiter.

Finanzausgleich: Mittels eines neuen Risikostrukturausgleiches sollen die GKV's mit vielen alten und kranken Mitgliedern zusätzlich

che Mittel von finanzstärkeren Konkurrenten erhalten. Berücksichtigt werden bei der Umverteilung 50 bis 80 schwerwiegende und kostenintensive chronische Krankheiten.

Private Krankenversicherung (PKV): Sie bleiben als Vollversicherung erhalten. Freiwillig gesetzlich Versicherte können ohne Risikoprüfung in einen neuen Basistarif wechseln, dessen Beiträge sich nur nach Alter und Geschlecht unterscheiden, nicht jedoch nach Vorerkrankungen. Altkunden der PKV ist es nur vom 1. Januar 2009 bis zum 30. Juni 2009 möglich, in den Basistarif zu wechseln. Das Leistungsangebot des Basistarifs muss in etwa dem der GKV entsprechen. Danach ist ein Wechsel nur unter besonderen Bedingungen möglich. Neukunden können angesparte Altersrückstellungen (allerdings nur die Rückstellungen im Umfang des Basistarifs) beim Kassenwechsel innerhalb der PKV mitnehmen (Portabilität).

Versicherungsschutz: Künftig soll jeder Bürger versichert sein (Versicherungspflicht). Wer den Versicherungsschutz verloren hat, kann in seine letzte Versicherung zurückkehren – egal, ob gesetzlich oder privat.

Länderschutz-Klausel: Um regional unterschiedliche Belastungen durch den Gesundheitsfonds zu vermeiden, ist beabsichtigt, die Belastungen allmählich anzugleichen. Während einer zehnjährigen Anpassungsphase soll gewährleistet werden, dass die Belastungen für die Länder mit finanzstarken Kassen pro Jahr um maximal 100 Millionen Euro steigen.

Steuern: Zunehmend sollen Steuermittel zur Finanzierung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben der Kassen eingesetzt werden. 2008 sind 1,5 Milliarden vorgesehen und 2009 drei Milliarden Euro, um die beitragsfreie Mitversicherung der Kinder zu subventionieren. In den folgenden Jahren soll der Anteil weiter steigen.

Gesetzliche Krankenkassen: Sie erhalten mehr Möglichkeiten, direkt mit Ärzten über Leistungen und Preise zu verhandeln. Fusionen sind künftig zwischen allen gesetzlichen Kassen möglich. Die bisher nebeneinander agierenden Spitzenverbände müssen sich auf Bundesebene zu einem Dachverband zusammenschließen.

Arzneimittel: Um die hohen Ausgaben für Medikamente einzudämmen, werden zusätzliche Rabatte eingeführt.

weiter belastet. Der Wettbewerb werde durch die verbindlichen Kollektivverträge aller Krankenkassen mit Ärzten und Krankenhäusern eingeschränkt. Eine gewisse Verbesserung sei es, dass die gesetzlichen Kassen mehr Wahltarife anbieten dürfen und sich der Risikostrukturausgleich nunmehr an 50 bis 80 Krankheitsmustern orientieren solle. Damit werde die Zielgenauigkeit der finanziellen Umverteilung zwischen den Kassen, die sich aus dem Verbot der Risikoselektion von Patienten ergebe, erhöht. Positiv sind nach Kifmann auch die allgemeine Versicherungspflicht sowie einige Maßnahmen bei der Arzneimittelversorgung wie die Höchstpreisregel und die Gründung des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit zu bewerten.

Rigmar Osterkamp vom ifo-Institut München machte anhand vieler Beispiele deutlich, dass eine als „ethisch korrekt“ geltende Haltung beziehungsweise Entscheidung sich bei näherem Hinsehen als problematisch erweisen könne (Organhandel, Stammzellenforschung). Der Politologe Patrick Hassenteufel zeigte auf, dass in Deutschland in den letzten Jahrzehnten die Bedeutung wissenschaftlicher Berater gestärkt, dagegen korporatistische Strukturen (Ärzte- und Kassenverbände) eher geschwächt wurden. Dies erhöhe im Gegensatz zu Frankreich die Möglichkeiten staatlicher Eingriffe und die Überwindung politischer Reformblockaden.

In den anschließenden Diskussionen war man sich weitgehend einig, dass die jetzt beschlossene Reform mehrere Entwicklungsmöglichkeiten offen lasse. Erst der nächste Reformschritt nach der Bundestagswahl 2009 werde klären, ob man stärker in Richtung einer Bürgerversicherung oder eher eines Modells der Gesundheitsprämien gehen werde. ■

*Wolfgang Quaisser/
Karl-Heinz Willenborg*

Überalterung als Herausforderung für die soziale Sicherheit

Die zweite gesundheitspolitische Tagung anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Klinik Höhenried thematisierte die demografischen Herausforderungen und die Konsequenzen, die sich für Unternehmen und Gesellschaft ergeben. In der Festveranstaltung im Schloss Höhenried skizzierten die Spitzenvertreter der Deutschen Rentenversicherung Bayern Süd, Klaus Pauli und Gerhard Witthöf, die wechselvolle Geschichte der Klinik.

Die DRV als Träger der Klinik Höhenried war in schwierigen Zeiten, unter anderem nach den drastischen Kürzungen der Reha-Leistungen, immer wieder gefordert, neue Perspektiven zu entwickeln. Verwaltungschef Achim Schäfer erläuterte diese Herausforderungen im Einzelnen am Neuaufbau der Bereiche Orthopädie und Psychosomatik. Dank der hervorragenden Leistungen seitens der Beschäftigten sei es gelungen, neben dem traditionellen Bereich der Kardiologie sich auch auf diesen Gebieten ein ausgewiesenes Renommee zur erarbeiten. Das aber sei die Grundlage für den überdurchschnittlichen Auslastungsgrad der Klinik und damit ihrer wirtschaftlichen Gesundheit. Die Klinik sei mit 350 Beschäftigten der größte Arbeitgeber im Landkreis Weilheim-Schongau. Die Klinikleitung beobachte zwar die Reformen im Gesundheitswesen mit besonderem Interesse, sehe sich aber mit ihrer betriebswirtschaftlichen Unternehmensorientierung für diesen verschärften Wettbewerb gerüstet.

Gerade diese Rahmenbedingungen standen im Zentrum der Festansprache der bayerischen Sozialministerin Christa Stewens, denn die Finanzierungsprobleme der Kostenträger und das Überangebot im Bereich der medizinischen Rehabilitation seien Probleme, die von der Politik angegangen werden müssten. Dies gelte auch für

Wettbewerbsverzerrungen, das heißt die mangelnde Transparenz bei der Klinikbelegung, die Identität von Kostenträgern und Leistungserbringern, verdeckte Quersubventionierungen und die Subventionierung öffentlich-rechtlicher Kliniken durch die Sozialversicherung zu Lasten privater Einrichtungen. Sie forderte eine umfassende Privatisierung des Reha-Bereiches. Höhenried sei ja mit der Umwandlung des Eigenbetriebes zu einer GmbH schon erfolgreich den ersten Schritt in diese Richtung gegangen und habe sich auch auf diesem Felde als Pionier erwiesen. Die Forderung nach einer weiteren Privatisierung stieß bei Teilen des Publikums auf deutliche Skepsis.

Neue Gewichtung der Prävention

Die Fachvorträge drehten sich um die Frage, welche Bedeutung bei einer älter werdenden Gesellschaft und einem abnehmenden Erwerbspotenzial dem Reha-Bereich zukomme. Werner Müller-Fahrnow (Charité Berlin) betonte die besonderen Leistungen von Max Joseph Halhuber, dem ersten medizinischen Leiter der Klinik, bei der Behandlung koronarer Herzerkrankungen, der bahnbrechend in den 1960er und 1970er Jahren als erster eine Be-



Sozialministerin Christa Stewens forderte eine umfassende Privatisierung des Reha-Bereiches.

wegungstherapie entwickelte. Günter Neubauer (Institut für Gesundheitsökonomie) machte deutlich, dass die veränderte Arbeitswelt lebenslanges Lernen, aber auch altersangepasste Arbeitsmodelle erfordere. Dem Rehab-Bereich käme zunehmend die Aufgabe zu, dem altersbedingten Abfall der Produktivität entgegenzuwirken. Für diese Aufgabe hat die Klinik Höhenried bereits wegweisende Kooperationen unter anderem mit der BMW-Group und dem Deutschen Gemeinde>tag begonnen. Auch Helmut Platzer von der AOK Bayern unterstrich die bedeutende Rolle der Krankenkassen im betrieblichen Gesundheitswesen gerade im Zusammenhang mit der neuen Gewichtung der Prävention als einer eigenständigen Säule des Gesundheitssystems insgesamt.

Dass sich Gesundheitsmanagement und -controlling für die Unternehmen rechnen, konnte Petra Bernatzeder, Geschäftsführerin der upgrade – human resources GmbH, mit einer Kosten-Nutzen-Studie des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz belegen. Für Investitionen in diesem Bereich wird hier ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von eins zu drei, manchmal sogar eins zu sechs ermittelt. Rehabilitation, Gesundheitsmanagement und Prävention sind damit unerlässliche Voraussetzungen eines Paradigmenwechsels, den Hubertus Räde, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft und Vorstandsvorsitzender der DRV Bayern Süd so zusammenfasste: Lebenslanges Lernen statt Vorruststand.

Langfristige Reformpolitik

Staatssekretär Heinrich Tiemann vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales sah im demografischen Wandel eine zentrale Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme und damit für die Politik. Er ging besonders auf die Arbeitsmarktpolitik und die Rentenreformen unter Kanzler Schröder und der jetzigen Großen Koalition ein. Dies seien Beispiele einer langfristig angelegten Reformpolitik, die auch

gegen große Widerstände durchaus schmerzhafte Maßnahmen durchsetzt. Ihn stimme es zuversichtlich, dass mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und dem Wiederaufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erste Erfolge sichtbar würden.



Fritz Schösser: Sinkender Krankenstand lässt keine Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand der Beschäftigten zu.

Eine ähnliche Sichtweise vertrat Herbert Rische, Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund, der dazu aufrief, sachlich unbegründete Kritik an der gesetzlichen Rentenversicherung vehement zurück zu weisen, ihre Vorteile dagegen offensiv zu vertreten und den Menschen nahe zu bringen. Sozialversicherungsträger und Politik hätten die vergangenen Jahrzehnte keineswegs verschlafen, sondern mit zahlreichen Reformen dafür gesorgt, dass für das Jahr 2030 nicht ein Beitragssatz von 40(!) Prozent, sondern von etwa 22 Prozent zu erwarten sei. Die Bundesrepublik Deutschland habe damit Aufgaben erledigt, die in vielen Staaten, die vor den gleichen strukturellen Problemen stehen, erst noch bewältigt werden müssten. Das könne sich bei der weltweiten Standortkonkurrenz durchaus als ein Wettbewerbsvorteil erweisen. Lebensstandardsicherung im Alter könne aber in Zukunft nicht mehr die gesetzliche Rente allein bieten, sondern nur im Verbund mit privater und betrieblicher Vorsorge. Wichtigste Zukunftsauflage sei der

Umbau der GRV von der Arbeitnehmer- zu einer Erwerbstätigerversicherung.

Fritz Schösser, Vorsitzender des DGB Bayern, betonte, dass der derzeit sinkende Krankenstand in Unternehmen keine Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand der Beschäftigten erlaube. Bei hoher Arbeitslosigkeit sähen sich die Mitarbeiter in einer vom Arztbesuch abhaltenden Drucksituation, die ihrerseits krank mache. Andererseits erhöhe allein der Wechsel von befristeter in eine unbefristete Tätigkeit die Lebenserwartung. Gerade Betriebe, die einen längerfristigen Prozess strukturellen Wandels durchlaufen müssten, wiesen erhöhte Krankenstände auf. Betriebliche Gesundheitsförderung sei über das Unternehmen hinaus von großer Bedeutung, weil es sich hier um ein niedrigschwelliges Angebot mit einer sonst nur schwer erreichbaren Breitenwirkung handle.

Kettenbildung

Verwaltungschef Achim Schäfer stellte in seiner abschließenden Zusammenfassung noch einmal die demografische Grundtendenz der kommenden 50 Jahre heraus, nämlich die nicht mehr aufzuhaltenste Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland. Vor diesem Hintergrund kam er zu einem sehr interessanten Ausblick, was die Entwicklung der Kliniklandschaft angeht: Unter dem Druck von Budgetkürzungen, Kostensteigerungen bei Energie und Personal sowie infolge des europäischen Wettbewerbsrechts sah er die öffentlichen Kliniken auf dem Weg einerseits zu einer beschleunigten Privatisierung, andererseits zur Kettenbildung, wo mit dem medizinischen Versorgungszentrum, der Akutversorgung und der Rehabilitation alle notwendigen Einrichtungen zur Verfügung stehen. Er beschrieb die sich im Rahmen der Förderung der psychosozialen Gesundheit entwickelnden Dienstleistungen und Techniken als eine sechste Basis-Innovation, die nach Dampfmaschine, Eisenbahn, Elektrotechnik, Automobil und Informationstechnik einen neuen langen Konjunkturzyklus des 21. Jahrhunderts eröffnen könne. ■

*Wolfgang Quaisser/
Karl-Heinz Willenborg*

Arbeitslos + kinderreich = arm

Dimensionen der Kinderarmut in Deutschland

„Kinderarmut in Deutschland – versagt der Wohlfahrtsstaat?“ Mit dieser Frage setzte sich zu Beginn der Tagung Gerhard Beisenherz vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München auseinander. Der Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts ist für ihn eine der wirksamsten Einrichtungen, dem in allen Epochen gegenwärtigen Phänomen Armut zu begegnen. Mit einem Netz vor allem finanzieller Sicherungen erreichte er ein hohes Maß an Armutsvorsorge. Für akute Notfälle gab es zusätzlich das System der Sozialhilfe.

Abbildung 1: „Arbeitslos + kinderreich = arm“
Aber seit ungefähr 30 Jahren kehrt die Armut zurück – nicht nur, aber auch in Deutschland. Durchaus zutreffend spricht man von neuer Armut, denn sie betrifft besonders Familien mit Kindern, während vorher Rentnerinnen und Rentner am stärksten belastet waren. Dass in Deutschland die Arbeitslosigkeit ein zentraler Faktor für diese Entwicklung ist, kann kaum überraschen. Neue Ergebnisse der Armutsforschung weisen aber auf eine wachsende Armutsbelastung bei gleichzeitiger Vollzeitbeschäftigung hin (working poor). Generell sind Migranten überproportional betroffen, auch beim bereits erkennbaren Wiederanstieg der Altersarmut.

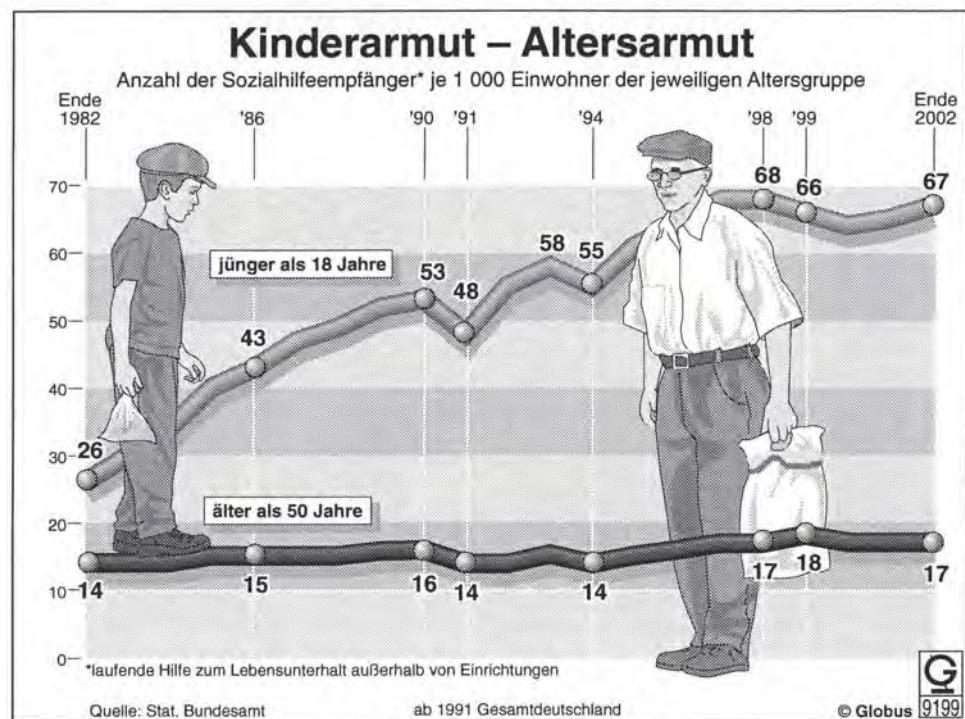
Zehn Prozent Arme

Armutstudien kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen – je nach Armutsdefinition, Schwellenwerten, Erhebungsmethoden und aktuellen politischen Einflüssen wie Kindergelderhöhungen. Für Deutschland wurden für die 1990er Jahre bei Kindern Armutsbelastungen zwischen sechs bis acht Prozent ermittelt, die heutigen Werte liegen laut DJI-Studien bereits über zehn Prozent.

Überall da, wo in den letzten Jahren die auffälligsten

Verschlechterungen bei der Kinderarmut zu registrieren waren – nämlich neben Deutschland in Italien, Ungarn und Mexiko – sind die sinkenden Löhne der Väter und noch mehr der Mütter dieser Kinder und der fehlende Ausgleich durch staatliche Sozialtransfers der Hauptgrund gewesen (UNESCO-Studie von 2005 über zwölf OECD-Länder). England hat Erfolge erzielt bei der Zurückdrängung von Kinderarmut

durch mehr Erwerbstätigkeit der Mütter und die Subventionierung von Niedriglöhnen. Dasselbe gilt auch für die USA, aber die dort in neueren Studien beobachteten negativen Folgen in der individuellen Entwicklung der Kinder (Bildung, Verhalten) konnte man in England vermeiden, weil der Staat parallel in Bildung und Betreuung investiert hat. Versagen ja oder nein? Man muss sehen, so Beisenherz, dass der moderne Wohlfahrtsstaat nicht für alle Wohlstand garantieren kann. Das Hauptrisiko ist heute nicht mehr der Erhalt der persönlichen Arbeitsfähigkeit, sondern ob man eine Stelle findet. Für dies Problem aber hat der klassische Wohlfahrtsstaat keine Instrumente. Für die Lebenssituation der Kinder ist das kommunale Umfeld von großer Bedeutung. Je stärker Armut sich in



Mehr als verdoppelt

In Deutschland gibt es verhältnismäßig viele Kinder, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Von den 2,76 Millionen Sozialhilfeempfängern am Jahresende 2002 waren über eine Million jünger als 18 Jahre, 50 Jahre und älter waren 516 000. Kinder haben ein größeres Risiko als andere Bevölkerungsgruppen, zu „Sozialfällen“ zu werden.
(Statistische Angaben: Statistisches Bundesamt)

bestimmten Quartieren konzentriert, desto wichtiger werden bezahlbare Mobilität (öffentlicher Personennahverkehr), preisgünstige Veranstaltungen, kostenlose Kindertreffs. Defizite hier können nicht mit erhöhten Transfers an die Familien kompensiert werden.

Soziale Ausgrenzung

Mit diesen Überlegungen ging der Blick über die vor allem auf Familien und ihre Einkommenslage konzentrierte Betrachtung hinaus und leitete über zum Beitrag von Antje Richter von der Landesvereinigung für Gesundheit in Niedersachsen. Ihren Überlegungen lag eine Definition von Armut zugrunde, die sich nicht am Einkommen orientiert, sondern abstellt auf Ausgrenzung, mangelnde Teilhabe und Benachteiligung in wichtigen Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Integration in den Sozialbereich. Sie betonte, dass immer noch der alte Satz gilt: „Willst du einem Kind helfen, so hilf seinen Eltern bei der Bewältigung ihrer Alltags- und Beziehungsprobleme, zum Beispiel in der Partnerschaft“. Denn wie Kinder Armut erleben und verarbeiten, hängt sehr stark vom Klima in der Familie und den Problembewältigungsstrategien der Eltern ab. Eine der wenigen Langzeitstudien, die zum Problem Armut durchgeführt wurden, belegt das nachdrücklich. Aber selbst wenn bei den Eltern Bildungswünsche für ihre Kinder vorhanden sind, fehlt durch den eigenen Bildungsweg oft die Kompetenz, die Kinder zu unterstützen. Meist fehlt das Geld zur Förderung außerschulischer Talente. Zusatzangebote der Schulen werden, bedingt durch den Zustand der öffentlichen Finanzen, auch eher seltener. Sportverein, Tanz- und Malkurse lässt das Familienbudget eigentlich nicht zu. Wenn doch, dann nur durch Einsparungen bei Lebensmitteln.

Bildungsarmut der Kinder wird oft den Familien angelastet, aber arme Eltern hatten ihrerseits oft einen schwierigen Zugang zu Bildung. Ein Zehntel eines Jahrgangs verlässt Jahr für Jahr die Schulen ohne Abschluss, davon die Hälfte als funktionelle Analphabeten.

Jutta Allmendinger, die Direktorin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, spricht angesichts der hohen Erblichkeit des Bildungsstatus¹ in Deutschland (bei der Bayern übrigens eine unruhige Spitzenstellung einnimmt) von einem „ausbruchssicheren Gefängnis“. Dabei gibt es sicher keinen Grund zu unterstellen, dass deutsche Kinder aus armen Familien weniger begabt sind als skandinavische. Besonders die Kombination von Ar-

mut und Migrationshintergrund belastet die Bildungschancen, verstärkt durch ein nachweisbares soziales Handicap bei den Übertrittsempfehlungen durch die Lehrer.

Armut und Gesundheit

Zwischen Armut und gesundheitlichen Beeinträchtigungen gibt es einen engen Zusammenhang, für Kinder belegen das die Ergebnisse von Einschuluntersuchungen. Erkennbar werden gesundheitliche Einschränkungen im Sehen und Hören, in der Sprachentwicklung, bei Bewegungskoordination, Ernährung, Ernährungsverhalten, Zahnerkrankungen, Übergewicht, Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen und Impfbereitschaft. Verhalten und Verhältnisse wirken hier offensichtlich zusammen. Die schwache Teilnahme an Sport und in Sportvereinen fügt sich ebenso in dieses Bild wie die seltene Inanspruchnahme von Beratungsangeboten. Wie erreiche ich Familien in Armut, wie sehen niedrigschwellige Angebote für sie aus, diese Fragen sind Dauerbrenner auch in den Diskussionen des inzwischen bundesweiten Netzwerks „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten“.



Antje Richter: „Wie Kinder Armut erleben, hängt sehr stark vom Klima in der Familie ab.“

Stichwort Resilienz

Definition: Psychische Widerstandskräfte von Kindern gegenüber biologischen, psychologischen und psychosozialen Entwicklungsrisiken.

Resilienz umfasst

eine positive, gesunde Entwicklung trotz hohem Risiko-Status, die beständige Kompetenz unter extremen Stressbedingungen, die positive beziehungsweise schnelle Erholung von traumatischen Erlebnissen.

Resilienz wird gestärkt durch

- eine warme, enge Beziehung zu mindestens einer Bezugsperson,
- die kognitiven Fähigkeiten des Individuums,
- einen aktiven Problembewältigungsstil,
- körperliche Gesundheitsressourcen,
- das Ausmaß an Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen,
- das Gefühl von Selbstwirksamkeit,
- das Ausmaß an wahrgenommener sozialer Unterstützung,
- das Erleben von Erfolg und Leistung nicht nur durch gute Schulnoten, sondern auch durch soziale Aktivitäten, die Verantwortung und Kreativität erfordern

Wichtig ist der Neuansatz der Resilienz-Forschung (siehe Kasten). Für die Armutsprävention liefert sie wichtige Hinweise, wie erfolgreiche Interventionen strukturiert sein müssen. Vor gestellt wurden mehrere Projekte, die skandinavische und US-amerikanische Erfahrungen aufgreifen und bei schwangeren Frauen aus benachteiligten Familien mit dem Aufbau einer Präventionskette ansetzen. Zum Beispiel „Pro Kind“, ins Leben gerufen unter anderem von dem Kriminologen und früheren niedersächsischen Justizminister Christian Pfeiffer. Vorbild war hier ein amerikanisches Projekt, in dem vorgerechnet wurde, dass jeder so investierte Dollar in den Folgejahren Ausgaben von vier Dollar erübrigt, die ohne diese soziale Investition nötig geworden wären.



Ekkehard Mutschler fordert ein Grundeinkommen für Kinder in Höhe von 450 €.

Ebenso interessant das Projekt „Gesund leben lernen“ zum Gesundheitsmanagement in Schulen. Hier wie auch in anderen Projekten, die bei Kindertagesstätten angesiedelt waren, wurde immer wieder deutlich, dass es um die Gesundheit von Lehrenden und Lernenden gehen muss und dass Eltern und Umfeld einbezogen werden müssen.

Arbeitslosigkeit, Alleinerziehung, Kinderreichtum (das bedeutet drei Kinder oder mehr), Migrationshintergrund; das sind die Faktoren, mit denen Armut am stärksten zusammen hängt. Angesichts der beschriebenen

Realitäten kann man sich nur darüber wundern, so Antje Richter, dass darüber gestritten wird, ob Begriffe wie Unterschicht und Prekarat angemes sen sind. Sie bezeichnen genau das, was wir beobachten. Aber man darf beim Blick auf aktuelle Zahlen die soziale Dynamik im Armutsgeschehen nicht vergessen. Es gibt Familien mit

Im Folgenden konzentrierte sich die Diskussion vor allem auf landespolitische Fragen. Sowohl SPD, vertreten durch Christa Steiger, als auch Grüne setzten sich hier ein für Armutsprävention durch die Einführung der Ganztagsschule, und zwar flächendeckend, weil anders wieder nur eine wenig geachtete Restschule entstehen würde.



Uneinig über die Strategien: (von links) Melanie Huml (CSU) und Renate Ackermann (B90/Grüne).

Sozialhilfebezug über Jahrzehnte, aber es gibt daneben in Millionenzahl erfolgreiche Ausstiege aus der Armut und Neueinstiege, leider mit einem Überwiegen der letzteren.

Chancen schaffen

„Chancen schaffen für Kinder aus armen Familien – Herausforderungen an die Politik“ war der Titel der abschließenden Podiumsdiskussion. Ekkehard Mutschler vom Deutschen Kinderschutzbund Bayern formulierte seine mit anschaulichen Beispielen aus der Sozialhilfepraxis untermauerte Kritik an der unzureichenden finanziellen Unterstützung von Familien in Armut, speziell auch an der Abschaffung der einmaligen Leistungen. Er forderte ein Grundeinkommen für Kinder in Höhe von 450 €. Renate Ackermann von der Landtagsfraktion Bündnis 90/Grüne, unterstützte ihn darin.

Dem konnte sich Melanie Huml von der CSU nicht anschließen. Sie sah die Vorteile einer Ganztagsschule für den Hauptschulbereich, bei den weiterführenden Schulen aber wollte sie das vom erkennbaren Bedarf abhängig machen.

Auffällig war, dass bei aller Neigung zu kostenwirksamen Ausbau- und Verbesserungsvorschlägen für Schulen, Kindergärten, Horte und Krippen nicht gefordert wurde, sich vom Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalt zu verabschieden.

Aber, so die Vertreterinnen der Opposition, die Staatsregierung muss ihre Prioritäten anders setzen, hin zu mehr Förderung der Bildung (wozu auch Krippen gehören). Welches Bundesland könnte sich das leisten, wenn nicht das finanziell gut gestellte Bayern? ■

Karl-Heinz Willenborg

Die DDR – eine „kommode Diktatur“?

Über den Zusammenhang von Alltagsleben und Herrschaft in der DDR

Ein Kennzeichen der DDR-Diktatur war von Anfang an bis zu ihrer Beseitigung durch die friedliche Revolution 1989/90 die massive Präsenz von Herrschaft, Kontrolle, Überwachung und Anpassungsdruck gegenüber ihren Bürgern. Einheitspartei, Massenorganisationen, Repressionsapparat und Abschottung durch ein perfektioniertes und lebensgefährliches Grenzsicherungssystem aus Mauer, Selbstschussanlagen und Schießbefehl wirkten auf den Alltag der meisten Menschen ein. All das prägte ihr Denken und Handeln. Es förderte und forderte spezifische Einstellungen und Verhaltensweisen. Joachim Gauck spricht in diesem Zusammenhang von einem „Angst-Anpassungs-Syndrom“, einer Mischung aus „Anpassung, Furcht und Minimal-Loyalität der Unüberzeugten“. Sie bildeten die Mehrheit der Bevölkerung und für die hat Gauck das Wort von den „Staatsinsassen“ geprägt. Die Träger des Systems, eine Minderheit, waren auf vielfältige Weise privilegiert. Und die Regimegegner, eine noch viel kleinere Minderheit, entzogen sich dem Zugriff der Partei in unterschiedlichsten Formen des Widerstands. Eine „kommode“, also bequeme Diktatur, war die DDR sicher nicht, auch wenn Günther Grass das genau so seinen Helden Wuttke in dem Roman „Ein weites Feld“ so sagen lässt.

Gefragt waren auf der Tutzinger Tagung Historiker und Zeitzeugen, die ihre Erkenntnisse darüber, was der SED-Staat einmal war, präsentierten und diskutierten. Der wissenschaftliche Diskurs ist wichtig, weil nicht zu übersehen ist, dass die in Deutschland nicht unbekannte „Schlussstrich-Forderung“ in Sachen Diktaturaufarbeitung, auch bezogen auf die DDR, ihre Anhänger hat.

Ob die DDR nur eine „Fußnote der Geschichte“ war, fragte zu Beginn Joachim Scholtyseck von der Universität Bonn unter Bezug auf eine bekannte Formulierung des Schriftstellers Stefan Heym. Mit Blick auf die Prinzipien von Meinungsfreiheit, Pluralismus und Demokratie habe die DDR keinen nennenswerten Beitrag zur gesamtdeutschen Geschichte geleistet, meinte Scholtyseck.

Bonzendiktatur

Was ihre staatliche Souveränität anging sei die DDR „wenig mehr als eine abhängige Variable der Sowjet-



Joachim Scholtyseck: „Die positive Vergleichsgesellschaft der Bonner Republik wirkte für die DDR entlegitimierend und destabilisierend.“

Fotos: Weichbrodt

schaft“, besser noch eine „koloniale Gründung der UdSSR“ mit minimalen eigenen Freiräumen gewesen. Der ostdeutsche Teilstaat war bis zuletzt eine kleine Macht mit ungenügender Rohstoffbasis und ohne Mitspracherecht

über die auf ihrem Territorium stationierten Truppen und Waffen. Das geradezu servile Verhalten der DDR-Führung wichen jedoch ab 1953 einer eher nüchternen und geschäftsmäßigen Beziehung zur Sowjetunion. „Die positive Vergleichsgesellschaft der Bonner Republik wirkte daher für die DDR entlegitimierend und destabilisierend“, so Scholtyseck. Sein Fazit: Die DDR präsentierte sich zwar als „antifaschistischer Staat“, aber die angebliche Überwindung des Nationalsozialismus fand in erster Linie dadurch statt, dass die Hitler-Diktatur instrumentalisiert wurde. Der SED-Staat verstand sich als Vertreter der Arbeiter- und Bauernklasse und wollte die Diktatur des Proletariats durchsetzen. Er war aber letztlich für die einfache Bevölkerung eine Diktatur der Bonzen und der Partei, die sich gegen alle Grundsätze von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verhielt.

Ersatzreligion

Über das Leben zwischen Anpassung und Distanz als Lebenswirklichkeit im Alltag der DDR sprach Stefan Wolle. Seine zentrale These: Der Alltag in der DDR kann nicht politikfrei dargestellt werden. Jeder Lebensbereich war von der kommunistischen Ideologie durchzogen. Diese Ideologie war der Versuch der Verwirklichung einer groß angelegten Utopie. Der allgegenwärtige pädagogische Anspruch des Staates in Kindergarten, Schulen bis hin zu Universität und Beruf war ständig präsent, um den Menschen im Sinne der Utopie zu einem „sozialistischen Menschen“ umzuerziehen. Dieser Glaube an den „Sieg des Sozialismus“ wurde zu einer Art Ersatzreligion hochstilisiert. Der brandenburgische Innenminister Jörg Schönbohm sprach von einer Zwangsproletarisierung. Das zentrale Lebensgefühl der DDR-Bürger war, so Wolle, das Gefühl des Eingesperrtseins und der Angst. Zwischen diesen beiden Gefühlen entfaltete sich das Alltagsleben entweder in

Form von Anpassung oder in Form von Distanz beziehungsweise Flucht oder Ausreise. Wobei viele Ausreisewillige von den eigenen Landsleuten als „Feiglinge“ diffamiert wurden, weil sie angeblich kapituliert hätten. Die oft beschworene „Geborgenheit“ in der DDR in Abgrenzung zum bösen westlichen Imperialismus war aber letztlich nur ein Trugbild. Die berechtigte Furcht vor der Stasi gehörte zum Alltag, und die schlimmsten Vermutungen wurden nach Offenlegung der Stasi-Akten noch übertroffen. Wer sich heute wohlig an die angebliche „Geborgenheit“ der DDR erinnere und diese lobe, habe all jene Erfahrungen aus der Erinnerung getilgt. Es sei traurig, dass die Wiedervereinigung nicht als Befreiung und Chance empfunden werde, meinte Wolle.

Dass die DDR keinerlei Züge einer „kommoden Diktatur“ aufwies, wurde auch in dem Film „Es gab kein Niemandsland – ein Dorf im Sperrgebiet“ von Hans Sparschuh und Rainer Burmeister deutlich. Am Beispiel einer Arbeiterfamilie aus der kleinen Gemein-

de Großburschla an der thüringisch-hessischen Grenze, die im Zuge der „Aktion Ungeziefer“ aus dem unmittelbaren Grenzgebiet nach Brandenburg zwangsumgesiedelt wurde, zeig-



Stefan Wolle: „Das zentrale Lebensgefühl der DDR-Bürger war das Gefühl des Eingesperrtseins und der Angst.“

ten die Filmemacher die Willkür und den zynischen und unmenschlichen Charakter der SED-Diktatur und ver-

mittelten eindrucksvoll, wie die leidvollen Erfahrungen des Lebens im Sperrgebiet die Menschen bis heute berühren.

Eckhard Jesse von der TU Chemnitz stellte die Frage: „Was war die DDR?“ Nach seiner Meinung hat sich die DDR von einem totalitären in ein autoritäres System gewandelt. Nach dem Modell von Juan Linz erheben totalitäre Diktaturen den Anspruch, einen „neuen Menschen“ gemäß einer Ideologie zu formen, um damit in alle sozialen und privaten Verhältnisse hinein wirken zu können. Autoritäre Diktaturen begnügen sich damit, dass das Volk nicht gegen die Herrschenden aufbegehrt und der status quo bestehen bleibt. Totalitäre Diktaturen fordern die aktive Unterstützung der Beherrschten, um die soziale Wirklichkeit in Richtung der jeweiligen Ideologie weiterzuentwickeln. Die „Deutsche Demokratische Republik“ war weder deutsch, noch demokatisch, noch eine Republik, so Jesse. Es fehlte eine demokratische Legitimation des Systems.



Zeichnung: Mester

Über den vieldeutigen Begriff der Grenzen der Diktatur sprach Hermann Wentker vom Institut für Zeitgeschichte in Berlin. Die DDR sei nach 1990 als eine „durchherrschte Gesellschaft“ bezeichnet worden. Gleichzeitig sei aber vor allem im Alltag die Diktatur ständig an Grenzen gestoßen. Diese gelte es näher zu bestimmen, insbesondere im Zusammenhang mit den vielfältigen Arrangements, zu denen es zwischen Herrschaft und Gesellschaft gekommen sei. Es habe zu Beginn der



Hermann Wentker: Grenzen des Zugriffs.

Diktatur für verschiedene Berufsgruppen Grenzen des Zugriffs der Staatspartei gegeben. Während Verwaltung und Justiz mittels Entnazifizierung und Personalwechsel rasch zu Hilfsinstrumenten der neuen Diktatur wurden, gab es andere gesellschaftliche Bereiche, in denen sich der Zugriff des Staates nicht so leicht bewerkstelligen ließ.

Die DDR benötigte zur Aufrechterhaltung ihrer gesellschaftlichen Infrastruktur verschiedene Berufsgruppen, wie Ärzte, Professoren und Ingenieure, die aufgrund ihrer umfangreichen Fachausbildung nicht ohne weiteres durch systemkonforme Partefunktionäre zu ersetzen waren. Das hieß aber nicht, dass diese Gruppen vollständig frei vom staatlichen Zwang geblieben wären. Neben den inneren Grenzen der Diktatur kam der Mauerbau 1961 als äußere Grenze hinzu, die freilich eine effektive Diktatur erst ermöglichte.

„Händler und Moralisten“

Der Theologe und Historiker Ehrhart Neubert, früher Mitarbeiter der Gauck-Behörde, beschäftigte sich ebenfalls mit dem Alltag in der SED-Diktatur. Er betonte die Verquickung von politischer Herrschaft und alltäglicher Le-



Ehrhart Neubert bedauerte, dass die Wiedervereinigung von vielen DDR-Bürgern nicht positiv bewertet werde.

benswelt, die sich sowohl in den systembedingten Lebensweisen als auch in den gewählten Alltagsüberlebensstrategien der Bürger spiegelten. Als Maßstab nannte Neubert die Verbundenheit und den Grad der Loyalität zum System oder die Kritik und Distanziertheit dazu ihm System. Er unterschied dabei „Utopisten“, „Händler“ und „Moralisten“. Wer im Bannkreis der „Utopisten“ gefangen war, konnte die real existierenden Probleme und Unzulänglichkeiten als Beweis für die Größe der gestellten Aufgabe ansehen.

Der zweite und wohl am meisten vor kommende Typus im Alltag der DDR war der des „Händlers“. Er orientierte sich ausschließlich pragmatisch an Nützlichkeitserwägungen für seine private kleine Nische. Den beiden Typen stellte Neubert noch den „Moralisten“ gegenüber. Sein Handlungsziel sei die alltägliche Selbstbewahrung und Identität gewesen. Dieser Typ musste die erfahrene Differenz zwischen dem politischen Anspruch des Systems und seinen eigenen ethischen Urteilen

überbrücken, was ihn zu einer genaueren Betrachtung des Alltags zwang und ihn damit unter große innere Spannungen setzte. Auch Neubert bedauerte, dass die Wiedervereinigung von vielen DDR-Bürgern nicht positiv bewertet werde. Es mutet schon merkwürdig an, dass ostdeutsche Urlauber am Strand von Mallorca oder am gasbeheizten Kamin ihrer sanierten Wohnung über die „soziale Kälte des Kapitalismus“ klagten.

Blasse Medienpräsenz

Der Berliner Schriftsteller Lutz Rathenow schloss die Tagung mit seinen Betrachtungen zum Umgang mit der SED-Diktatur heute. Rathenow leitete während seines Studiums einen oppositionellen Literaturkreis an der Universität Jena. Er war bald den Repressionen der SED-Führung ausgesetzt, wozu Verhaftung und Ausreiseverbot zählten.

In der ideologisch bornierten und verfehlten Kulturpolitik der SED sah Rathenow einen wesentlichen Grund für die mangelnde Präsenz ostdeutscher Autoren in den Medien der Bundesrepublik bis 1989, sofern diese nicht im Westen lebten. Die oppositionellen Literaten in der DDR verwandten viel Energie auf spröde und oft komplizierte „Offene Briefe“ und Programme, statt optisch präsent zu sein. Doch da im Westen kaum jemand Bilder, Gefühle und Erlebnisse mit den in den Nachrichten gelegentlich auftauchenden Bürgerrechtlern verband, blieb ihre Medienpräsenz blass und ihre Wirkung gering. Ungeachtet dessen fanden sie Wege und Möglichkeiten, um sich gegen die politische Konditionierung des Staates aufzulehnen. Rathenow warnte nachdrücklich vor einer durchaus lebendigen DDR-Nostalgie und der Verklärung einer ganz und gar nicht „kommoden Diktatur“ (*siehe dazu auch das folgende Interview*). ■

Hans-Martin Weichbrodt

(Siehe Pressestimmen Seite 33)

,Keine relevante Gruppe kämpft um die Rückkehr der DDR“

Schriftsteller Lutz Rathenow im Gespräch über die deutsche Befindlichkeit

Report: Günter Grass schreibt in seinem Roman „Das weite Feld“, die DDR sei eine „kommode Diktatur“ gewesen. Trifft diese Behauptung zu?

Rathenow: Ein sehr ungenauer Satz. Einer, der auch keine Neugier macht auf eine Beschäftigung mit der Endzeitstimmung in den achtziger Jahren, die ein Land prägten, das vom Westen immer abhängiger wurde. Ich darf mein 1986 entstandenes und 1987 in der DDR verbotenes Buch über Ost-Berlin zitieren:

„Ein Hauch von Welt ist eine Brise aller Probleme. Es gibt fast alles hier, was es im Westen gibt, nur versteckter oder ganz verborgen. Doch diese Geschichten werden in einem Ton empörter Zufriedenheit erzählt, der sich beweist, nicht ganz ausgeschlossen von der Welt zu sein. Wir haben auch unsere Mörder, Rauschgiftsüchtigen, kleinen und großen Kriminellen. Wir leben also nicht ganz hinter dem Mond. Das Trinkwasser verseucht? Ein Marzahner Neubau versackt im sumpfigen Boden? In der Klinik darf der Schrank mit den Westmedikamenten erst bei unmittelbarer Todesgefahr geöffnet werden? Aha, das Leben ist nicht so langweilig hier, wie es das manchmal zu sein scheint. Gefahren regen die Phantasie an. Süchtig nach Negativem,

„Ost-Trotz ist also auch ein Erpressungsvorteil im Kampf um die Westgeldtöpfe.“

löst eine Horror-Anekdote die nächste ab. Mit heimlichem Vergnügen werden Katastrophen geschlürft. Und wer das Leben mehr hebt als imaginäre Sicherheiten, nimmt das als erfrischende Dusche.“ Man sollte diesen positiven Trotz nicht „kommod“ nennen.

Woher kommen die Verständigungsprobleme zwischen Ost und West?

Weil die Vereinigung 20 bis 30 Jahre zu spät kam. Weil der Osten zu genauen Vorstellungen vom Westen hatte und der Westen erst einmal darüber nachdenken musste, warum er sich für den Osten interessieren sollte. Im übrigen habe ich keine Verständigungsprobleme mit dem Osten oder Westen, son-



Schriftsteller Lutz Rathenow:
„Deutschland braucht eine doppelte Lektion.“

Foto: hmw

dern nur mit einzelnen Menschen. Im Osten gibt es zu viele Komplexe und im Westen schon mitunter eine Aura saturerter Überheblichkeit. Beide Nichtmehr-Teile Deutschlands sollten in den Osten jenseits von Deutschland blicken, um ihre eigenen Befindlichkeiten zu relativieren.

Was kann man tun, um das Geschichtsbild der Diktatur zu verdeutlichen?

Sie nicht nur abstrahiert in ihren politischen Grundstrukturen vorführen. Deutschland braucht eine doppelte Lektion: Die oft von nostalgischen Ver-

lustgefühlen heimgesuchten Ossis brauchen Filme, Bücher, Ausstellungen die helfen die politische Hintergrundstrukturierung des Alltags zu kopianieren. Die Westdeutschen müssen mehr vom Alltag kennen lernen, der oft erst auf den zweiten oder dritten Blick politisch war.

Ich lebte in Mitteleuropa, in Deutschland, Thüringen, einem deutschsprachigen Land – und die DDR bediente sich all dieser Schichten, um den Menschen so zu erziehen, dass er vor allem DDR-Bürger sein wollte.

Vom Westen unverstanden und sich selbst gegenüber unehrlich: Die Laune ist schlecht, dort, wo mal die DDR war. Warum sind die Ostdeutschen so schlecht drauf?

Diese DDR-Entzugserscheinungen erreichen wirklich mitunter lächerliche Ausmaße. Gerade erlebte ich eine alte Frau schimpfend in einem Copy-Shop, das dieser Kapitalismus nur noch ganz Arme und ganz Reiche übrig lässt. Sie war aber weder arm noch reich. Und Kopieren gab es zu DDR-Zeiten auch nur für ganz wenige, streng kontrolliert.

Warum empfinden die Ostdeutschen die Wende nicht als Befreiung?

Weil sie sich zu sehr mit den Westdeutschen und faktisch nur mit denen vergleichen und gar nicht als Osteuropäer sehen wollen, was sie nach 1945 auch waren. Oder werden mussten. Das Leben erscheint ihnen heute anstrengender. Aber keine relevante Gruppe kämpft um die Rückkehr der DDR. Ost-Trotz ist also auch ein Erpressungsvorteil im Kampf um die Westgeldtöpfe. ■

Die Fragen stellte Hans-Martin Weichbrodt

Die jüngsten Bücher von Lutz Rathenow:

- Ost-Berlin. Leben vor dem Mauerfall (zusammen mit Harald Hauswald), Jaron Verlag 2005
- Gewendet. Vor und nach dem Mauerfall (zusammen mit Harald Hauswald), Jaron Verlag 2006

Europatag der Schulen:

„Europa ist eine Erfolgsgeschichte“

Politiker stellen europäische Idee nicht grundsätzlich in Frage

„Bayern braucht Europa – Europa braucht Bayern“ lautete das Thema einer Podiumsdiskussion anlässlich des Europatages der bayerischen Schulen. Moderiert von Akademiedirektor Heinrich Oberreuter diskutierten Staatsminister a.D. Reinhold Bocklet (CSU, MdL), Vorsitzender der Internationalen Kommission seiner Partei und Mitglied des Landtagsausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Peter Paul Gantzer (SPD, MdL), Vizepräsident des Bayerischen Landtages und Martin Runge (B 90/Die Grünen, MdL), wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion.

110 Lehrer und Gymnasiasten aus der Umgebung waren gekommen und folgten hochkonzentriert dem Diskussionsgegenstand: Bayerns Brückefunktion in Europa und die bayerische Selbstbehauptung, unser Bild von Europa und was wir daran verbessern können, außerdem Fragen nach den Bedingungen für eine europäische Erziehung und nach wirtschaftlichen Vorteilen der Regionen durch die EU.

Heinrich Oberreuter eröffnete die Diskussion mit einem kurzen Abriss über das Entstehen des vereinten Europa. Die ältere Generation hatte den Übergang vom Krieg zum Frieden, den Wiederaufbau, die wirtschaftliche Kooperation der ehemaligen Kriegsgegner sowie die schrittweise politische Einigung hautnah miterlebt. Das heutige Problem Europas bestehe darin, dass die junge Generation Europa und die Kritik daran als etwa Selbstverständliches erlebe und ihr der Vergleichsmaßstab fehle.

Ziele neu definieren

Bayern sei in Europa angekommen und Europa sei es zu verdanken, so Peter Paul Gantzer, dass die ehemaligen Feinde in Ost und West zusammengefunden haben. Nach Meinung von Reinhold Bocklet seien die Ziele der vor 50 Jahren gegründeten EWG, die Schaffung eines vereinten Europa, durch die Historie erfüllt worden: „Die Idee Europa ist eine Erfolgsgeschichte“, sagte Bocklet und darüber herrschte „Konsens auf dem schwarz-rot-grü-

nen Podium“, stellte Oberreuter fest. Bocklet weiter: „Aber die europäischen Ziele müssen neu festgelegt werden“. Europa müsse in Zukunft mehr politisch und nicht nur wirtschaftlich definiert werden, bestätigte Runge. Bocklet sprach sich gegen eine europäische Verfassung und für einen Grundlagenvertrag der europäischen Völker aus. Gantzer widersprach an diesem Punkt: „In einem Verfassungsvertrag werden wir als europäische Bürger manifestiert“. Anderseits wolle er nicht, „dass in Brüssel Angelegenheiten geregelt werden, die man auch in bayerischer Kommunalpolitik regeln könne“. Für Martin Runge hingegen ist ausschlaggebend, die Bürger Europas einzunehmen und die Institutionen zu stärken, dann erst solle man sich Gedanken über die Staatlichkeit Europas machen.

Dynamischer Prozess

Gerade die Jugend könne sich heute kaum noch vorstellen, dass es den Euro einmal nicht gab, meinte Gantzer, und noch vorhandene demokratisch-rechtsstaatliche Defizite dürften das Festhalten an der europäischen Idee nicht grundsätzlich in Frage stellen. Als derzeit „leider nicht besonders populär“ bezeichnete Runge die europäischen Fragestellungen. „Das liegt schon daran, dass es keine europäische Kommunikation gibt und Brüsseler Ereignisse immer mit dem nationalen Filter wahrgenommen werden“, so Bocklet. Runge sprach von einem „Dilemma“ in wirtschaftspolitischer Hin-

sicht, besonders beim Thema „Wirtschaftsförderung im Grenzland“. Auf der einen Seite werde die Forderung an die EU vorgetragen, sich hier zu engagieren, auf der anderen Seite einer drastischen Begrenzung des EU-Haushaltes das Wort geredet und dabei bewusst in Kauf genommen, dass sie das Aus jeglicher Regionalförderung aus EU-Mitteln für Bayern bedeuten würde.

Zu dem Verhältnis von Kultur und Ökonomie meinte Peter Paul Gantzer, dass die Wirtschaft schon immer als Motor, auch für die Einigung, ausschlaggebend war. Dennoch, so Runge, müssen die gemeinsamen Werte und die europäische Identität der Bevölkerung auch hervorgehoben werden. Für Bocklet hingegen sind gerade die kulturellen Unterschiede innerhalb der Europäischen Union ein Merkmal Europas.

Bocklet vermisste einerseits bei den politischen Eliten die Leidenschaft für den Europagedanken, verwahrte sich andererseits aber gegen die häufige Verwechslung Europas mit einem Staat und forderte eine intensivere Einbindung des Deutschen Bundestags in den europäischen Gesetzgebungsprozess. Die europäische Ordnung müsse von den Bürgern und den Nationen legitimiert werden, anderenfalls scheitere das Projekt Europa. Oberreuter forderte, die Politiker müssten den Bürgern das Ziel eines vereinten Europas darlegen und die demokratischen und rechtsstaatlichen Defizite beseitigen.

Dass „Europa“ ein dynamischer Prozess ist, viel schon erreicht und noch mehr zu gestalten ist, nahmen die Schüler von diesem Projekt zum Europatag mit nach Hause. ■

Karin Siebert/Daniel Arnold



Stefan Köpll:
Das politische System Italiens.
Eine Einführung.
VS Verlag für Sozialwissenschaften,
Wiesbaden 2007
ISBN: 978-3-531-14068-1
21,90 Euro

Politik in Italien im Überblick

Das politische System Italiens stellt für den ausländischen Beobachter oft ein schwer durchschaubares Objekt dar. Zudem scheint sich Italien seit der Umstrukturierung des Parteiensystems zu Beginn der 1990er Jahre in einer Art permanenten Übergangsphase zu befinden. Diese Einführung bietet einen systematischen, verständlichen und politikwissenschaftlich gehaltvollen Überblick über alle Bereiche und Hintergründe sowie Strukturen, Prozesse und Akteure der italienischen Politik.

Aus dem Inhalt:

- Von der Entstehung des Nationalstaates bis zur Gründung der Republik: ein historischer Abriss
- Politische Kultur • Parteien und Parteiensystem • Wahlen und Abstimmungen • Parlament
- Regierung • Regionen, Provinzen und Kommunen • Medien • Justiz
- Korruption und Kriminalität • Organisierte Interessen • Außenpolitik • Wahlergebnisse

Jürgen Weber (Hrsg.)
Illusionen, Realitäten, Erfolge
Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit.
Olzog Verlag München 2006
304 Seiten, 19,90 Euro

... Die neue Publikation aus Tutzing, die die stattliche Reihe der Sammelände von bundesweit beachteten Tagungsergebnissen der Akademie für Politische Bildung inhaltlich und aktualisiert fortsetzt, ist für jeden, dem die „innere Einheit“ nicht gleichgültig ist, ein ebenso breit gefächertes wie wissenschaftlich fundiertes Angebot, eine realistische und ehrliche Zwischenbilanz zur Deutschen Einheit, die die strafrechtliche Aufarbeitung des DDR-Unrechts (Oberstaatsanwalt Bernhard Jahntz, Berlin), die Kritik am Aufbau Ost (Ulrich Heilemann, Leipzig), die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland im Vergleich zu den östlichen Nachbarländern (Wolfgang Quaisser, Tutzing) und Günter Hellmanns Analyse mit Umfragedaten zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik „Europäisches Deutschland oder deutsches Europa?“ einbezieht.

Der Sammelband ist ein wichtiger Beitrag für die politische und staatsbürgerliche Bildung. Sachbuch und spannende Lektüre schließen hier einander nicht aus. Ein Glückwunsch nach Tutzing an den Herausgeber Jürgen Weber und „seine“ Autoren!



Hans-Jürgen Grasemann in „Freiheit und Recht“ März 2007/1

Hans-Rüdiger Karutz in der MÄRKISCHEN ODER-ZEITUNG vom 10./11. Februar 2007:

Grotesken des Alltags

... Nein, bequem oder gar lebensangenehm war der SED-Staat keineswegs, zeigten sich die Fachleute vor sachkundig-gesamtdeutschem Publikum einig. Eher neigt sich heute zumindest die Waage der akademischen Rückschau nach dem katastrophalen Versagen dieser Zunft zu DDR-Zeiten zur zweifelsfreien „totalitären Diktatur“, wie es Eckhard Jesse (Technische Universität Chemnitz) formulierte. Aber: Die „Phantomschmerzen“, so Stefan Wolle (Viadrina Frankfurt-Oder) vieler Ex-DDR-Bürger halten an. „Wir werden mit der DDR noch eine Weile zu tun haben“, war sich Wolle sicher.

FAZ vom 21. März 2007:

„Ostdeutschland wird immer mehr zu einem zweiten Mezzogiorno“

Die Lage in Ostdeutschland erscheint vielen Ökonomen immer mehr als hoffnungsloser Fall. Die Angleichung an die Wirtschaftskraft im Westen trete auf der Stelle, die Arbeitslosenquote bleibe doppelt so hoch, der Bevölkerungsschwund setze sich dramatisch fort, die öffentlichen Finanzen liefen aus dem Ruder. „Es sind keine blühenden Landschaften und kein sich selbst tragender Aufschwung in Sicht“, konstatierte der Präsident des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo), Hans-Werner Sinn, auf einer Tagung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. „Es ist nicht übertrieben, von Ostdeutschland als einem zweiten Mezzogiorno zu sprechen.“

Einer der Besten seiner Zunft, Ehrhart Neubert – Pfarrer, Stasi-Aufklärer und scharfer Stolpe-Gegner – wunderte sich vielleicht ähnlich wie Millionen „alter“ Bundesbürger über die Eigentümlichkeiten vieler seiner Landsleute heute: „Es mutet merkwürdig an, dass ostdeutsche Urlauber am sonnigen Strand von La Palma oder am gasbeheizten Kamin ihrer sanierten Wohnung über die ‚soziale Kälte‘ des Kapitalismus klagen und jammern!“ Noch immer würden vielfach „eigene Aktivitäten, die Übernahme von Risiken und eine nicht ‚von oben‘ geplante Zukunft als Zumutungen der Wessis erlebt“. Sein Ausblick geriet aber optimistisch: „Die neue Ost-Generation richtet sich trotz des sozia-

len Drucks ihrer Umgebung im Alltag ein und kann ihn, durchaus nicht unkritisch, auch genießen.“ Dies sei ein „fröhliches Entweichen aus der stickigen Atmosphäre der DDR“. Er teilte die DDR-Bürger in drei Typen ein: Utopisten, Händler und Moralisten. „Utopien machten sich den Alltag durch Wegdenken erträglich. Intellektuelle unter ihnen schreiben sich noch heute die Finger und das Herz wund, weil sie den 17. Juni auf ihre Art wahrnehmen.“ Händler-Typen orientieren sich an reinen „Nützlichkeitserwägungen“....

... Das Fazit: Die DDR im immer populäreren sanften Blick zurück als Insel der Seligen – mit FKK, „Holzmicel“-Liegend und Spreewald-Kahnpartie? Vom Mauerstaat zum Museumsdorf? Tagungen wie diese warnen davor.

(Siehe Bericht Seite 18)

Die Annäherung (Konvergenz) Ostdeutschlands an den Westen verharre auf ähnlich niedrigen Werten wie in Südtalien. Deutschland müsse sich darauf einstellen, mit diesen Unterschieden auch nach dem Ende des Solidarpakts im Jahr 2019 zu leben. „In Südtalien dauert der Zustand seit einem halben Jahrhundert an.“ Die Untersuchungen von Joachim Ragnitz vom IWH bestätigen diesen Befund. Wie im Mezzogiorno stagniert das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner bei rund zwei Dritteln (67 Prozent) des Werts im nördlichen Landesteil. „Der Konvergenzprozess findet kaum noch statt“, sagte Ragnitz. Es fehlten 1,5 Millionen Arbeitsplätze. Nicola Hüskamp vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und Mar-

cel Thum von der Technischen Universität Dresden illustrierten die Auswirkungen des Bevölkerungsschwunds. Seit 1980 ist die Zahl der ostdeutschen Einwohner von 16,7 auf 14,7 Millionen geschrumpft. 2050 werden es nur noch 9,8 Millionen sein. Während die westliche Erwerbsbevölkerung zwischen 2005 und 2020 um 0,9 Prozent wachsen wird, dürfte sie im Osten um 16,5 Prozent zurückgehen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Arbeitslosigkeit von selbst verschwinden, hieß es: Während es zu einer Knappeit bei Hochqualifizierten komme, nehme die Arbeitslosigkeit bei mittleren Qualifikationen weniger deutlich ab und bei Geringqualifizierten kaum. Sinn zu folge ist die Konvergenz auch bei den Investitionen zum Stillstand

gekommen. Die Pro-Kopf-Investitionen in den Bau hinkten dem Westwert um 10 Prozent hinterher, die Ausrüstungsinvestitionen sogar um 20 Prozent. Klaus Deutsch von Deutsche Bank Research wies auf die Defizite in der Unternehmensdichte und -größe hin. Die Kapitalausstattung kleiner Unternehmen sei zu schwach, die Wertschöpfungsketten erwiesen sich als unterentwickelt, die Exportquoten als zu gering.

Deutlich stärker angeglichen als die Produktivität haben sich die Löhne in den neuen Ländern, die im Durchschnitt 70 Prozent des Westniveaus erreichen. Damit habe sich der wachstumstreibende Mechanismus, dass die Lohnsteigerungen hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben müssten, bedenklich umgekehrt, mahnte Sinn. „Das ist der Hauptgrund für die fehlende Konvergenz: Warum sollten Investoren nach Ostdeutschland kommen und ihr Kapital verbrennen?“ Das Lohnniveau habe Italien, Frankreich oder Amerika überholt. Hingegen wachse Irland, dessen Arbeitskosten seit langem hinter den ostdeutschen zurückbleiben, schneller als jedes andere Land in Europa. Sinn erinnerte daran, dass die Ostlöhne 1990 nur etwa 30 Prozent des Westwerts betragen. „Wären die Löhne von dieser Basis aus nicht stärker gewachsen als die Produktivität, hätten wir heute in Ostdeutschland einen Aufschwung wie in Irland“, sagte Sinn. „Die Investoren würden sich um die Arbeitskräfte reißen.“

Das verfügbare Einkommen der Ostdeutschen hat sich dem Westniveau deutlich stärker genähert als die Wirtschaftskraft. Kaufkraftbereinigt bezifert es Ragnitz auf 90 Prozent. „Real gibt es faktisch keine Unterschiede zwischen Ost und West mehr.“ ...

(Siehe Bericht Seite 6)

Petra Kistler in der BADISCHEN ZEITUNG vom 9. März 2007:

Gute Nachrichten aus Neukölln

... Nach dem Notruf machte der Schulsenator die Rütli-Schule nicht, wie vom Kollegium vorgeschlagen, einfach dicht, sondern holte einen Troubleshooter: Helmut Hochschild, Jahrgang 1956, erfahrener Rektor der Paul-Löbe-Schule in Berlin-Reinickendorf. Dies gilt als Beweis, dass eine gute Leitung eine Hauptschule nach oben bringen kann. In Schülerfirmen lernen dort die Jugendlichen Selbständigkeit, kaufmännisches Denken und Handeln – und erhöhen so ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

Helmut Hochschild, ein Kumpeltyp mit „ausgeprägtem Helpfersyndrom“ (Hochschild über Hochschild), unbändigem Elan und Mut zum Risiko, redete einfach. Stundenlang, tagelang. An seinem ersten Arbeitstag an der „Rütli“ holte er die 24 Klassensprecher an einen Tisch. Die waren sauer über die Berichterstattung: „Wir werden als hoffnungslos verlorene Krawallmacher dargestellt, wer stellt jetzt noch einen Rütli-Schüler ein?“

Von der „Terrorschmiede voller Hass und Gewalt“ (Berliner Boulevardzeitungen) zum pädagogischen Vorzeigemodell? Ganz so einfach ist es doch nicht. Die Fakten: die Rütli-Schule liegt am Reuterkiez in Neukölln-Nord, einem Berliner Stadtteil mitbrisanter Sozialstruktur. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 40 Prozent. Es gibt Familien, in denen lebt bereits die dritte Generation von Sozialhilfe. Die Schüler sind oft die einzigen, die morgens aufstehen, berichten Lehrer. Als Vorbilder fallen die Eltern aus. Jeder dritte Bewohner im Viertel ist Migrant. An der Rütli-Schule sind es 85 Prozent. Es sind schwierige Jugendliche. Knapp die Hälfte sind Palästinenser. Es sind Flüchtlinge oder die Kinder

von Flüchtlingen, die Krieg erlebt haben, in Lagern aufgewachsen sind und in Deutschland nur geduldet sind.

„Wenn diese Kinder in der neunten Klasse Berufsorientierungsunterricht haben, ist das für sie natürlich ein Witz“, sagt Helmut Hochschild. „Ohne sicheres Aufenthaltsrecht dürfen sie gar keine Ausbildung machen. Warum sollen sie sich anstrengen?“ Die Null-Bock-Haltung ist wie eine ansteckende Krankheit – sie geht rasend schnell um.

Auf der anderen Seite die Lehrer, hilflos, zermürbt, ausgepowert. Unvorbereitet, ohne Erfahrung mit türkischen und arabischen Jugendlichen. Der überwiegende Teil des Kollegiums kam damals aus dem Ostteil der Stadt. „Da war kaum einer dabei, der an der Rütli-Schule arbeiten wollte“, berichtete Helmut Hochschild jetzt bei einer Fachtagung in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Es gab keine intakte Schulleitung, die Schulverwaltung war schlecht, das Jugendamt komplett überfordert. „Die Rütli-Schule war seit vielen Jahren eine schlechte Schule“ sagt Barbara John, Berlins langjährige Integrationsbeauftragte. ...

Das System ist krank

... Alles im Lot, in Neukölln? Ganz so optimistisch sieht der Schulpraktiker die Situation nicht. „Eine Berliner Hauptschule kann nicht gesund werden. Denn das System ist krank“, sagte Hochschild bei seinem Wechsel in die Schulverwaltung. „Aber ich kann doch eine Schule nicht gegen die Wand fahren, damit sich das System ändert. Das kann ich den Schülern gegenüber nicht vertreten.“

(Siehe Bericht Seite 3)

Gerald Schneider im STRAUBINGER TAGBLATT vom 22. Januar 2007:

Steckt die Politik in der Kommunikationsfalle?

... Wie sich genau der Nutzen, den Politiker aus den Medien ziehen können, systematisch steuern lässt, erläuterte der Medienberater Klaus-Peter Schmidt-Deguelle. Er war Redakteur bei mehreren Fernsehanstalten, Staatssekretär in Hessen und Regierungssprecher, und er hat den früheren hessischen Ministerpräsidenten und späteren Bundesfinanzminister Hans Eichel beraten.

Dabei war es gelungen, das Image des „Sparkassendirektors“ mit der „Büro-

klammer mit Brille“ umzukehren zu „Hans im Glück“ und „Sparminator“ der Bundesregierung. Vom Problemfall sei Eichel zum Star der Schröder-Regierung avanciert. Eichel kam in das Bundeskabinett, als die Regierung in der Presse bereits völlig „runterschrieben“ worden war. Angesichts der Rahmenbedingungen „konnte es nur schief gehen“, berichtete Schmidt-Deguelle. Die Stimmung begann sich zu drehen, als es Eichel gelungen war, von den notwendigen 30 Milliarden Euro

auch tatsächlich bei den Ministerien „einzusammeln“. Ab diesem Zeitpunkt gab er auch wieder längere Interviews, trat in Polit-Talkshows auf und wurde für „People-Magazine“ interessant, in denen der Minister zwar den Menschen näher gebracht wurde, ohne aber ins Privatleben zu blicken. Attribute wie „Sparkassendirektor“ und „Büroklammer mit Brille“ verloren ihre negative Bedeutung und wurden zum Inbegriff von Tugenden wie Gründlichkeit und Ordnung. Der Imagewechsel war geschafft. ...

Jens Kleindienst im DARMSTÄDTER ECHO vom 21. April 2007:

Futter für Zapper

... Aus der hohen Korrelation zwischen dem, was die Medien über Politik verbreiten, und dem, was die Menschen als politische Wirklichkeit empfinden, erwächst den Medien eine enorme Verantwortung. Kritiker sprechen sogar von einer „Mediokratie“, in die sich unsere Demokratie derzeit wandelt. Dem gewachsenen Einfluss der Medien stehen große Veränderungen bei ihren Arbeitsbedingungen gegenüber. So müssen die Macher von Zeitungen und Fernsehen mit einem dramatischen Kompetenzverlust bei ihren Konsumenten umgehen. Es ist leider so: Die Wissensbasis zur Fällung politischer Urteile hat – gerade bei der nachwachsenden Generation – stark abgenommen. Der Verlust an politischer Bildung zwingt die Medien zu vereinfachter Darstellung immer komplexer werdender Zusammenhänge. Dafür sorgen auch die veränderten Fernsehgewohnheiten. Im Zeitalter der Fernbedienung und des Zappens werden die Beiträge in den elektronischen Medien immer kürzer. Politiker werden gezwungen, die Gesundheitsre-

form in 15 Sekunden Live-Ton zu erklären – was natürlich unmöglich ist. Unter diesen Bedingungen wird es für Politiker nicht mehr entscheidend, was herüberkommt, sondern wie er beim Bürger ankommt. Medienforscher sprechen von „Fragmentierung“, Zeitungsmacher von „Häppchenjournalismus“, der eine Zeitlang auch im Printbereich als Lösung aller Probleme propagiert wurde, inzwischen aber eher als Sackgasse angesehen wird.

Die veränderte Darstellung von Politik ist zumindest bei den elektronischen Medien auch eine Folge der stark gewachsenen Konkurrenz. Der Kampf der vielen Fernsehsender und Nachrichtenkanäle etwa in der Hauptstadt Berlin wirkt als Zwang zu Übertreibung. Sensation und Enthüllung. So ist die Zahl der von den Medien als Affäre oder Skandal gewerteten Vorgänge enorm gestiegen. Ob wirklich so viel mehr Schweinereien passieren? Eher ist von einer Skandalisierung auszugehen, die Quoten und Auflage stabilisieren hilft.

Bei den Printmedien spielt der teilweise Verlust der ökonomischen Basis eine wichtige Rolle. Das Abwandern vieler Anzeigenkunden in das Internet hat die Verlage zum Sparen gezwungen. Vielerorts hat das zu einer spürbaren Ausdünnung von Personal und Kompetenz geführt. Auch dies ist der sorgfältigen Vermittlung von komplizierten Inhalten nicht gerade zuträglich.

Ein weiterer Trend: Politik wird heute vorwiegend problemorientiert dargestellt und nicht lösungsorientiert. Wie oft ist in den vergangenen Jahren – von Politikern und Medien – der nahe Untergang Deutschlands vorausgesagt worden. Das hat natürlich Rückwirkungen auf das Image der politisch Handelnden, aber auch auf das Selbstwertgefühl der Medienkonsumenten. Zumindest bis zur Fußball-WM 2006 galten die Deutschen international nicht ohne Grund als ein in Selbstmitleid versinkendes Volk von Miesepettern. ...

(Siehe Bericht Seite 18)

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

Juni

24-1 11. – 15. Juni

Aufstand – Krise – Krieg:

Fortbildung internationale Sicherheitspolitik

In Zusammenarbeit mit der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung e.V.

Leitung: Saskia Hieber/Christian Singer

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

24-4 13. – 15. Juni

Online-Journalismus 2.0

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung und Kommunikationsforschung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

24-2 15. – 17. Juni

Die neuen Mitglieder: Motor oder Bremse der europäischen Integration?

In Zusammenarbeit mit dem Osteuropa-Institut, München

Leitung: Wolfgang Quaisser/Joachim Möller

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

24-3 17. Juni

Im Europäischen Haus

10. Passauer Tetralog im Rahmen der Europäischen Wochen Passau

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

25-2 18. – 19. Juni

Zur Rolle der Religionen in Südosteuropa:

Konfliktpotenziale und Brückenfunktion

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing und der Südosteuropa-Gesellschaft München

Leitung: Wolfgang Quaisser/Martin Held/Lothar Altmann/Johanna Deimel

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Anmeldung: Susanna Satzka, Evangelische Akademie Tutzing

25-5 22. – 24. Juni

Menschenwürdige Wirtschaftsordnung

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Leitung: Heinrich Oberreuter/Ulrich Blum/Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

25-6 24. – 26. Juni

Radio-Zukunft 2010 – Redaktionelle Wege durch die digitale Zersplitterung

In Zusammenarbeit mit dem Projektteam Hörfunk der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Michael Schröder/Berthold L. Flöper

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

26-1* 27. – 29. Juni

Bedingt aufnahmebereit – Zuwanderung und Integration als gesellschaftspolitische Aufgabe

In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes e.V., dem Deutschen Evangelischen Frauenbund, Landesverband Bayern e.V. und dem Deutschen Frauenring, Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

26-3 29. Juni – 30. Juni

Identität durch Kultur?

Leitung: Saskia Hieber/Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Juli

27-1 6. – 8. Juli

Glanz und Elend des Menschenrechtsschutzes im Rahmen der UNO

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.

Leitung: Saskia Hieber/Ulrike Renner

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

27-2 2. – 4. Juli

New Media and Multicultural America in 3-D: Dynamic, Diverse, Democratic

In Zusammenarbeit mit dem Amerikanischen Generalkonsulat München

Leitung: Saskia Hieber/Michael Schröder/Jörg Ludwig

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

28-1 9. – 11. Juli

Kommunalwahl im Lokalteil

Redaktionelle Strategien und Konzepte

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Sybille Haug	Chefsekretariat@apb-tutzing.de
Heike Bäuerle	H.Baeuerle@apb-tutzing.de
Renate Heinz	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

28-2* 11. Juli

Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001 – Deutschland und die internationale Gemeinschaft vor neuen Herausforderungen

In Zusammenarbeit mit Studienseminaren für berufliche Schulen

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

28-3* 9. – 11. Juli

Geschichte an Realschulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen für Seminarlehrer/innen in Geschichte

Leitung: Jürgen Weber/Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

30-1* 23. – 26. Juli

Liberale Demokratie und ihre Kritiker

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

30-2 27. – 29. Juli

Einheit in der Vielfalt – Deutschland auf der Suche

nach einem neuen Gesellschaftsmodell

Leitung: Stefan Köppl/Wolfgang Quaisser/Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

30-3* 24. – 26. Juli

Internationale Sicherheitspolitik

Simulationstraining Bundeswehr in Zusammenarbeit mit dem WBK IV

Leitung: Saskia Hieber/O.i.G. Oestermann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

August

31-1* 30. Juli – 2. August

Fragen zur Zeitgeschichte – Probleme der Gegenwart

Ferienseminar 1 für Geschichts- und Sozialkundelehrer/innen

Leitung: Jürgen Weber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

31-2 2. – 5. August

Internationale Politik: Krisen und Auslandseinsätze

Ferienseminar 2

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

September

36-1* 3. – 7. September

Europas Wirtschafts- und Sozialmodelle in Zeiten der Globalisierung

Ferienseminar 3

Leitung: Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

36-2 6. – 9. September

Drachen – Tiger – Lahme Enten

Sommerakademie – Nachwuchstagung Asien

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung

Leitung: Saskia Hieber

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

37-1 10. – 14. September

Aufgespißt und zugespitzt

Kommentar- und Glossenwerkstatt mit Peter Linden

In Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistenausbildung an der Universität Passau

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Bäuerle Tel. 08158/256-46

37-2* 10. – 13. September

Eine neue Rolle für die Landwirtschaft? –

Chancen und Probleme der erneuerbaren Energien

Tagung mit dem Verband des landwirtschaftlich-technischen Dienstes Bayern

Leitung: Karl-Heinz Willenborg

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

37-4 14. – 16. September

Patriotismus – Bindekraft oder Sprengsatz?

Leitung: Heinrich Oberreuter

Sekretariat: Sybille Haug Tel. 08158/256-47

39-1* 24. – 28. September

Europa und die Perspektiven der Einigung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Stefan Köppl/Claudia Reichmann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-50

Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-5* 24. – 28. September

Ist Frieden machbar?

Herausforderungen, Erfolge und Perspektiven weltweiter Friedenssicherung

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Manfred Schwarzmeier/Eva-Maria Post

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Anmeldung über die Akademie Dillingen

39-6 28. – 30. September

Medien – Kitt der Gesellschaft?

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

Namen und Nachrichten aus der Akademie

DIREKTOR

KOLLEGIUM

Prof. Dr. Heinrich Oberreuter wurde in Berlin erneut zum stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen gewählt. Bei einer Fachtagung des Landesamtes für Umwelt in München referierte er über Umwelt und Ethik aus der Sicht der Politik, in Pullach über die politische Lage in Bayern sowie im Bayerischen Landtag bei einer Veranstaltung der GRÜNEN über die Arbeit der Opposition. In Tutzing hielt er anlässlich der Jubiläumsveranstaltung der Akademie einen Grundsatzvortrag über Zukunftsperspektiven politischer Bildung, stellte die Arbeit der Akademie einer Delegation aus Polen vor, sprach auf einer deutsch-russischen Historikerkonferenz über die politische Kultur und Werte der frühen Bundesrepublik und moderierte eine Podiumsdiskussion zur Zukunft der neuen Bundesländer. Er sprach in Seeon über die Merkmale deutscher Politik, im Landtag über Bayern im 21. Jahrhundert. In Dresden hielt er bei einem internationalen Empfang des DGB die Festrede über 50 Jahre europäische Integration. Bei einem Kolloquium zum 85. Geburtstag von Wladyslaw Bartoszewski in Berlin moderierte er eine Gesprächsrunde mit dem Jubilar, den Bischöfen Nossol (Oppeln) und Wanke (Erfurt) sowie Hans Maier über Deutschland, Polen und Europa im 21. Jahrhundert. In Cadenabbia nahm er an einer Konferenz zur Zeitgeschichte teil.

VERWALTUNG

Mireen Hilbert, Sekretärin, hat die Akademie Ende April verlassen. Wir danken und wünschen für die berufliche Zukunft alles Gute.

Simone Zschiegner hat am 1. Mai die Position der Kassenleiterin übernommen.

**Ich interessiere mich für folgende Seminare und bitte um Zusendung der ausführlichen Tagungsprogramme:
(aus organisatorischen Gründen bitte maximal fünf Seminarnummern angeben)**

.....
Etwa 4 - 6 Wochen vor Seminarbeginn erhalten Sie von uns die Unterlagen für Ihre verbindliche Anmeldung.

Name.....

Vorname.....

Straße.....

PLZ..... Ort.....

Tel..... Fax.....

E-Mail.....

Beruf/Institution.....

Geburtsjahr.....

Mit dieser Rückmeldung erkläre ich mein Einverständnis zur Verwendung meiner persönlichen Daten im Rahmen der tagungsbezogenen Datenverarbeitung der Akademie für Politische Bildung Tutzing